

Druckpreis: Die halbjährliche Willkommensbeilage über deren Raum 100.— Mark, Stellen- und Wohnungsbeilage, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 40.— Mark. Kleine Anzeigen per Wort 5.— Mark. — Reklamensatz: Die Willkommensbeilage 3 gepaltene über deren Raum im Wert 280.— Mark.

Schlesische

Abdruckpreis: Durch Austräger Einzelnummer 200 Mt. 1000.— Mt. pro Woche. Durch die Post Einzelnummer 200 Mt. 3000.— Mt. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Prob. Genossenschaft. — Abkaltungspreiskarte: 5.— 6. Uhr nachm. Postfachkonto: Breslau Nr. 310 69. — Fernspr.: Breslau, Ring 8487.

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 94.

Montag, den 23. April 1923.

5. Jahrgang.

Aus dem Inhalt:

Bei den Kreiswahlwahlen Breslau Land überste die KPD 2 Siege.
Der Breslauer Polizeipräsident teilt mit, daß am Freitag keine Schupo nach Dresden geschickt wurde.
Die Süddeutsche Arbeiterzeitung ist verboten worden.
Im Reichstag versuchte die Rechte ein Kommunistengesetz durchzubringen.
In Düsseldorf wurde eine Arbeitlosen demonstration auseinander getrieben.

Vorläufiges Ergebnis der Kreiswahlwahl im Landkreis Breslau.

Von 84 Orten sind bis gestern abend 10 Uhr die Wahlergebnisse eingegangen. Es erhielten Stimmen: KPD 2258, SPD 13974, Demokraten 1591, Zentrum 5078, Volkspartei 1705, Deutschnationale 9736.

Das Landratsamt gab heute vormittag 10 Uhr folgendes vorläufige Resultat bekannt:

KPD 2310, SPD 17261, Demokraten 1725, Zentrum 6505, Volkspartei 1742, Deutschnationale 11725. Danach entfallen auf die einzelnen Parteien Sitze: KPD 2, SPD 12, Demokraten 1, Zentrum 4, Volkspartei 1, Deutschnationale 8.

Nach diesem Wahlergebnis bleibt das Kräfteverhältnis im Kreisrat dasselbe. 14 Bürgerlichen stehen 14 Arbeitervertreter gegenüber. Ein Unterschied ist nur insofern eingetreten, daß von den 14 Arbeitervertretern 2 Kommunisten in den Kreisrat eingewählt sind. Im alten Parlament waren keine Kommunisten vertreten.

Keine Schupo aus Breslau nach Sachsen.

Aber was dann?

In dem Alarmruf „Arbeiter, Eisenbahner“ in Nr. 92 unserer Zeitung sendet uns der Polizeipräsident von Breslau folgende Verächtigung:
„Es ist völlig unwahr, daß zwei Hundertschaften der Breslauer Schupo die den angelegten Auftrag erhalten haben, nach Obersachsen zu gehen, in Wirklichkeit aber nach Dresden zur Bekämpfung des roten Sachsens transportiert worden sind. Es ist festzustellen, daß weder nach Obersachsen noch nach Sachsen Breslauer Schupo geschickt worden ist.“
Wir nehmen davon Kenntnis, daß keine Breslauer Schupo nach Dresden transportiert worden ist.
Was war das denn aber für Militär, das am Morgen des vergangenen Donnerstag nach Dresden verschickt wurde?
Der Polizeipräsident, antworten Sie!

105 000 Mark Wochenlohn!

Berlin, 20. April. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres unverändert zum Preise von 85 000 Mt. für ein Zwanzigmarkstück, 42 500 Mark für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres unverändert zum 1500 fachen Betrage des Nennwertes.
Vor dem Kriege verdiente ein Arbeiter in der Woche 25 Goldmark. Danach mußte jetzt ein Arbeiter einen Wochenlohn von 105 000 Mark haben.

Und wieviel bekommt du, Prolet?

Ein neues Grubenunglück.

M. Aachen, 21. April. Auf der Zeche Karl Alexander bei Daesweiler im Kreis Gelsenkirchen entwickelten sich gestern nachmittags beim Schließen schlagende Wetter. Zwei tote und sieben Verletzte wurden im Laufe des Nachmittags als Verborgene melde.

Das Säbelregime gegen die Arbeitslosen.

Auflösung einer Versammlung in Düsseldorf.
Düsseldorf, 21. April.
Heute fand eine Arbeitslosenversammlung statt, die aber durch die Polizei ohne Zwischenfall aufgelöst worden ist.

Die deutsche Bourgeoisie läßt fröhliche Arbeitlosenversammlungen durch die Polizei auflösen. Das Versammlungsrecht ist für hungrige Proletarier aufgehoben. Das Systematische an den Provokationen ist handgreif-

Das Mülheimer Massaker.

An die werktätige Bevölkerung! Arbeiter! Proletarier!

Die deutsche Bourgeoisie ist drauf und dran, ihren Rückzug an der Ruhr durch die Entfesselung blutiger nationalistischer Meutereien unter der Arbeiterschaft zu decken. In Mülheim hat der Völkisch das auf Verständigung krennende Unternehmerbündnis zu einem infamen Schurkenstreich ausgeholt! Nationalistische Provokateure haben demonstrierende Notstandsarbeiter bis aufs Blut gereizt! Das Ergebnis: mehr als 10 Arbeiter wurden gemordet, gemorbelt! Planmäßig ist die deutsche Bourgeoisie am Werk. Sie braucht „Putz“ und „Aufstände“, um die französischen Militärs zum Eingreifen gegen die gesamte Ruhrarbeiterschaft zu einem Gewaltüberfall zu provozieren!

Und wieder beginnt das alte Lied, die alte Begleitmusik zu allen Schurkenstreichen der Bourgeoisie: eine wüste und tagelang vorbereitete, zentral organisierte Pogromhege gegen die Kommunisten! Die Kommunisten sollen die „Straßzieher“ gewesen sein, die das Rathaus in Mülheim gestürmt und überfallen haben, obwohl feststeht, daß die kommunistische Partei nicht die Demonstration der Notstandsarbeiter und Gewerkschaften führte. In Mülheim haben die Kommunisten erst eingegriffen, als die nationalistische Provokation und ihre Absicht, ein Blutbad anzurichten, als das Hand-in-Hand-arbeiten deutscher und französischer Spitzel feststand. Um die verzweifelt und erbitterten Notstandsarbeiter von ihrem isolierten Vorgehen abzubringen, ihre Aktion zu einer organisierten und geschlossenen Interessentrepräsentation der Gesamtarbeiterschaft zu machen, deshalb griffen die Kommunisten ein. Trotz der Sabotage der Gewerkschaftsbürokratie und der sozialdemokratischen Führer in Mülheim haben die Kommunisten ihre selbstverständliche Klassenpflicht erfüllt und zu einem Generalstreik aufgerufen, um der nationalistischen Provokation den Genickbruch zu geben!

Darüber täuscht kein verlogener und erbärmlicher Schwindelbericht der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse hinweg: die Kommunisten in Mülheim und Essen haben den sauberen Plan der deutschen und französischen Bourgeoisie aufgedeckt!

Während die deutschen Unternehmer sich heifer schrien und schreien nach der gnädigen Erlaubnis der französischen Generale, die Schupo passieren zu lassen, um deutsche Proletarier niederzuschlagen, lehnten unsere Mülheimer Genossen kategorisch jede französische Einmischung ab.

Die französischen Generale, noch triefend vom Blut der Essener Arbeiter, und die deutschen Unternehmer, noch tränennass über das in Essen vergossene Arbeiterblut, fanden sich jetzt zu-

lied. Die bürgerliche Bestie, die sich dem französischen Imperialismus unterwerfen will, dürstet nach Arbeiterblut. Weil die Arbeiterklasse den einzigen Widerstand gegen Völkerei leistet, soll sie jetzt verhungern und verrotten und durch die weißen Gardien niedergeschlagen werden!

Secht nimmt eine neue Fasziistenparade ab!

Stettin, 21. April

Die „Rote Fahne“ meldet:
Die Fasziisten und Monarchisten Pommerns rüsten mit aller Kraft. Nachdem schon am 15. April Stettin mit einer großen fasziistischen Parade beglückt wurde, an der neben dem General v. Seekt auch Sittel Schieberich und Madenfen teilnahmen, und die trotz des Verbotes des Stettiner Polizeipräsidenten stattfand, wird der Rummel am Sonntag, den 22. April, in Kolberg wiederholt, diesmal unter Teilnahme dreier Prinzen, darunter wieder Sittel Schieberich. Auch Seekt und die Reichswehr sollen wieder daran teilnehmen.

sammen: in wohlwollender Neutralität die einen, mit der Mordwaffe in der Hand die anderen.

Bereint im Arbeiterblut toll die deutsche und französische Bourgeoisie ihren Verständigungspakt perfekt machen! Deshalb die Sabotageprovokationen. Deshalb das Betteln der deutschen Unternehmer bei den französischen Militärs, die Schupo wieder offiziell in Uniform und nicht nur in Zivill als „Kriminalbeamte“ zuzulassen.

Deshalb der Feldzug gegen die Kommunisten! Aber die deutsche, die internationale Bourgeoisie täuscht sich: die kommunistische Partei Deutschlands ist stark genug, um jeder Pogromhege an der Ruhr und im Reich die Spitze zu bieten! Die Zeiten des kommunistischen Vorranges sind vorbei! Das Vertrauen der breiten Massen zu der zielbewußten und starken Führung der Kommunisten in dem Abwehrkampf gegen die französische und deutsche Bourgeoisie kann und wird nicht mehr, auch durch keine Sabotage und Verleumdung sozialdemokratischer Führer untergraben werden!

Arbeiter, Proletarier! Richtet eure Augen nach der Ruhr! Erkennt und bereitet die schurkischen Pläne der Nationalisten, der deutschen und französischen Bourgeoisie! Die blutige Antwort, die man den Mülheimer Notstandsarbeitern gab, sie ist nur ein Vorpiel, sie wird bald die brutale Antwort des Völkisch in ganzen Reich auf eure Forderungen, auf euren Willen, unter keinen Umständen eure Haut beschadern zu lassen, sein!

Proletarier Deutschlands! Heraus zum Protest gegen das Arbeitermassaker an der Ruhr! Nehmt in allen Betrieben und Gewerkschaftsversammlungen Stellung!

Proletarier Deutschlands! Laßt eure arbeitslosen Brüder nicht im Stich. Zwingt die Leitungen der Gewerkschaften, für die Forderungen der Gewerkschaften und Kurzarbeiter mit der vollen Macht eurer Organisationen einzutreten!

Proletarier Deutschlands! Die sich anbahnende Verständigung des deutschen Kapitals mit dem französischen Imperialismus hat in Mülheim ihre Blutlauge erhalten. In geschlossener proletarischer Front kämpft gegen eure Verklammerung unter französischer Oberhoheit, sammelt euch gegen die fasziistischen Mörderbanden, die das Schandenstück Euch in den Nacken drücken sollen, kämpft bereit für die Arbeiterregierung!

Berlin, den 20. April 1923.

Zentrale

der Kommunistischen Partei Deutschlands.
(Sektion der Kommunistischen Internationale).

Die Fasziisten haben eine große Propaganda eingeleitet, besonders in den Schulen.

Der Vorsitzende der KPD, Kolberg wurde vom Oberbürgermeister zu einer Sitzung eingeladen, in der ein Oberstadtschreiber ihm mitteilte, daß in einer Mitgliederversammlung der KPD beschlossen worden sei, die fasziistischen Parolen durch eine Gegenaktion zu verwerfen und das zu entfallende Denkmal mit roter Farbe anzustreichen. Da die Veranschaulichung in geschlossenen Räumen stattfände, solle die Arbeiterschaft doch von einer Gegenaktion absehen.

Was sagt das Reichswehrministerium Gester dazu, daß Seekt, daß die „republikanische“ Reichswehr an fasziistischen und monarchistischen Vandalen teilnehmen? Wann wird das Reichswehrministerium diesem Skandal ein Ende bereiten?

Die pommersche Arbeiterschaft muß sich endlich zur aktiven Gegengewalt anrufen und die Hohenollern und die Fasziistenbanden auf Haupt schlagen.

Arm in Arm.

Französische Agenten, deutsche Provokateure, SPD, USDB und die gesamte Reaktion.

Mit dem Zerfall der bürgerlichen Gesellschaft geht Hand in Hand das Bestreben, durch neue Schandaten, durch neue Gemeinheiten auf Kosten der ausgepöbelten und teilweise irreführten Arbeiter über den Zusammenbruch hinweg zu retten. Der blutige Terror muß den weißen unterstufen. Kann man keine Subentpogrome inszenieren, um die Wit breiter Schichten abzulenken, wie früher im Jarenreich, so hegt man gegen das revolutionäre Proletariat, um es niederzuschlagen und den Weg freizuhalten für vollständige Verflämung der werktätigen Massen.

Just in dem Augenblick, wo breitere proletarische Schichten in Sachen sich zu einer Einheitsfront zusammenschließen, wo die Provokationen der Fasziisten, deren Führung vom Kapital gekauft ist, im Proletariat den Willen gestärkt, sich durch Hundertschaften gegen fasziistische Überfälle zu schützen, in dem Augenblick, wo das revolutionäre Proletariat in Deutschland und in Frankreich sehr energische Anstrengungen macht, den französischen Imperialismus zu liquidieren, und gleichzeitig eine starke Front gegen das internationale Kapital aufzurichten, in dieser Situation sind deutsche und französische Provokateure an der Arbeit. Krawalle, Putz und blutige Zusammenstöße herbeizuführen.

Dank der Mitwirkung der Sozialdemokratie und des USDB ist es den Schwerkapitalisten bisher noch gelungen, eine sturmstarke proletarische Front und das Aufstellen von Hundertschaften in den meisten Orten und Betrieben zu verhindern. Jetzt schlägt man zu, und ausgerechnet dort, wo das Proletariat, von französischen Bajonetten bedroht, seine Hauptkraft gegen den fremden Militarismus aufbietet, muß, um diese Vortruppen des revolutionären Proletariats blutig niederzuschlagen. Hätte das Proletariat überall schon gute Hundertschaften ausgebildet, die Provokationen und die Krawalle in den westlichen Industriestätten wären unmöglich gewesen. So aber hatten die deutsch-französischen Provokateure, hatten die verleumderischen Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbürokraten, hatte die fasziistische Presse verhältnismäßig leichtes Spiel. Sabotagebanden wurden bewaffnet, durch Not trieb man Teile des Proletariats zu Demonstrationen auf die Straße, fiel dann über Waffenlose her, schob in fliehende Haufen hinein. Der fasziistische Kriegsbericht konnte als Ergebnis tote und Verwundete melden.

Selbstverständlich ist das nur ein Vorpiel. Was dahinter steckt, spiegelt ganz deutlich die bürgerliche Presse wieder, verflämmt der Sozialdemokrat Sebering. Eine wüste Kommunistenhasse geht ein. Dampfen und raube Arbeiter hat man zu unbesonnenen Taten provoziert und gemietet. Am stempelt man die Vorgänge zu einer kommunistischen Aktion, zu einem Aufmarsch der in der Phantasie existierenden Roten Armee. Und Herr Sebering verkündet feierlich, daß er keinerlei proletarische Hundertschaften bilden werde. Die Sozialdemokratie macht sich hart gegen das Proletariat, öffnet sich das Tor zum Einzug in die große Koalition — nach der Kapitulation vor Frankreich. Herr Sebering aber will die Sozialdemokratie vor der Kapitulation in die große Koalition hinein haben.

Da der Kommunistenhege finden sich die Brüder zusammen. Der Pakt wird abgeschlossen auf Kosten des Proletariats. Das proletarische Kampfspiel muß sein: Keine Koalitionsregierung, sondern Arbeiterregierung!

Die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ verboten.

Die Freitagnummer der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ ist wegen Abdruck einer Notiz der „Roten Fahne“ über den Aufmarsch der Zeitfreiwilligen in Oberhessen erneut beschlagnahmt worden. Die Zensur im Interesse der Fasziisten — das ist die neue Begründung.

Abrechnung mit der Stinnespolitik. Reichstag.

In der Fortsetzung der Debatte über das Wirtschaftskammergesetz am Freitag, dem 20. April, hat der Reichstag die Stinnespolitik abgerechnet. Die Arbeiterpartei hat die Stinnespolitik als einseitig und beschneidend auf den Vortrag einer Reihe von Sonderwünschen, die nicht aus dem Rahmen der allgemeinen kapitalistischen Politik herausfallen.

Genosse Heydemann

Der sodann für die kommunistische Fraktion das Wort erhielt, führte aus: Wir haben von dem Wirtschaftskammergesetz kein anderes als das Stinnesprogramm erwartet. Das liegt nicht an der Person, das liegt am System. Das Argument des Reichstagsabgeordneten, der gestern ausführte, der vorige Wirtschaftskammergesetz sei an der Zerrüttung der deutschen Wirtschaft schuld, ist lächerlich. Die Minister sind eben nur Sachwalter des Kapitalismus und der Kapitalismus ist nicht imstande, die Wirtschaft wieder zu der Höhe zu bringen, die sie vor dem Kriege inne hatte. Die gegenwärtige Ausbeutung der französischen und deutschen Kapitalisten führt wieder dazu, daß zwei große Völker sich demoralisieren. Kapitalismus ist immer Kriege, wenn nicht zivilischen Nationen, dann zwischen den Klassen. Das sehen wir jetzt wieder in Mählen a. Ruhr, wo Arbeiterblut von deutschen Heerleuten vergossen wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich den Ministern auch fragen, was die Bedeutung der „Deutschen Tageszeitung“ bedeuten soll, daß die Kohlenindustriellen schwerwiegende Beschlüsse in Bezug auf die passive Resistenz gefaßt haben. Soll da etwa Katastrophenpolitik getrieben werden und wer wird die Opfer zu tragen haben?

Das Wirtschaftskammergesetz rühmt sich dreier großer Taten: der Dollaranleihe, der Marktstabilisierung und des Preisabbaues. Der Verkauf dieser Aktien ließ den Bankrott der Wirtschaftskammer scharf zu Tage treten. Alle Forderungen der Arbeiterklasse nach durchgreifenden Finanzmaßnahmen, nach Durchführung einer erdreichreichen Zwangsanleihe, nach Erlassung der Sachverhalte wurden sabotiert. Die Dollaranleihe selbst ist von den Kapitalisten hintertrieben worden, weil sie die Marktstabilisierung als ihren Interessen zuwider befanden. Die Exportfirmen sind mit der 500fachen Entwertung der Mark nicht zufrieden, da sie ihre Preise bereits auf das 6- bis 700fache getrieben haben und nun eine Anbahnung der Marktentwertung an die Großhandelspreise fordern, um konkurrenzfähig zu bleiben. Der schwarze Freitag von gestern ist ein Beweis dafür. Ist Stinnes mächtiger als die Regierung? Nein, denn Stinnes und die Regierung sind ein und dasselbe. Alle Maßnahmen, die die Regierung zur Besserung der Wirtschaftslage vertritt, sind nur Täuschungen. Die Dollardämpfungspolitik erdruht sich übrigens als ein ungeheurer Scheinwunder. Der Marktwert ist dadurch nicht zu heben. Die Papiergeldvermehrung nimmt in ungeheurer Masse zu. Billionen werden für die Ruhraktion ausgegeben. Die Zuschüsse für die Niederhaltung des Brentpreises zugunsten der Agrarier erfordern Milliarden. Unter solchen Umständen ist an eine Besserung des Marktwertes nicht zu denken. Die ganze Aktion soll nur der Stabilisierung der Währungs dienen. Der Wirtschaftskammerminister predigt Preisabbau. Ach, eine Krähelacht der andern die Augen nicht aus. Und selbst, wenn die Regierung wollte, sie hat nicht die Kraft, den übermächtigen Kartellen gegenüber ihren Preisabbau durchzusetzen. Die Exportpreise sind seit Januar von 2000 auf 7000 Mark heraufgegangen und die Aufzeichnungen des statistischen Reichsamtes lassen nichts von einer Preisabnahme erkennen, obwohl sie der Minister behauptet. Die Baustoffe sind gefallen um ein ganzes Prozent. Die großkapitalistischen Unternehmen aber verteilen Dividenden von 40 Prozent und mehr, ungeachtet der Örtlichkeitsverhältnisse, die dort üblich sind. Der Preisabbau wird übrigens auch illusorisch durch die gewaltigen Preissteigerungen infolge des letzten Marksturzes. Auf allen Gebieten sind mit einem Schlag die Preise erheblich gesteigert worden und steigen noch fortwährend. Der von der Regierung angekündigte Kampf gegen den Wasser bleibt ohne Wirkung. Nur die Arbeiter selbst können sich eigene Kampforganisationen gegen den Wasser schaffen, wie sie sich auch allen Kampforganisationen schaffen müssen gegen die beschützenden Abgaben des Lichtminderungs.

Genosse Heydemann machte sich dann der Rede-Exposition zu. Die Rede, die kürzlich ein Gehör von 12 Millionen erhielten, haben auf erhebliche Anschuldigungen infolge der Geldentwertung gefolgt. Ein Schiedsgericht hat den Rednern Recht gegeben und die Jagd unter der Direktion des Reichstagsabgeordneten Gano beginnt diese Schiedsgerichtsentcheidung als einen wesentlichen Bestandteil für die Redner. Gleichzeitig aber verkaufen deutsche Schiffe während der Inflation deutsche Schiffe an Fremdländer.

Der Wirtschaftskammerminister Bedar sprach im vergangenen Jahre als Abgeordneter mit Beziehung auf die Sozialdemokraten von Vaterlandsschändern. Für ihn wie für seinen obersten Kriegsherrn Wilhelm II. sind die Arbeiter vaterlandlose Gesellen. Die wahren Vaterlandsschänder aber sitzen auf der Seite der Kapitalisten. Was tun z. B. Beamte der Bahnhöfe, die in den französischen Munitionsfabriken von Douloise? Ist es nicht richtig, daß zahlreiche Aktien der Rheinisch-Westfälischen Großindustrie bereits jetzt in den Händen französischer und belgischer Kapitalisten sind? Für Milliarden haben sie verkauft, und wenn es um Milliarden geht, da fragt man nicht nach dem Vaterland, sondern nur nach dem Profit. Das zeigt sich auch bei der Liebererhebung in Hansebeck. Ganze Mutterterrel sind in die Hände von Ausländern

Erster Mai des Kampfes! Arbeitende Jugend heraus!

Wieder bricht der 1. Mai an, der Tag des Kampfes und der Feier der Arbeiterklasse. Wieder erdicht sein Sturm und dringt in alle Städte und Länder, bringt durch die dicken Mauern der Fabriken und Gefängnisse, hinaus auf die Schiffe und auf die Felder, rüttelt die wehrfähigen Massen auf. Er ist auch der Kampftag der arbeitenden Jugend.

Vor einem Jahre haben wir Euch aufgerufen, junge Arbeiter, Euch gegen den Ansturm des Kapitalismus und die drohende Kriegsgefahr zu sammeln, zu kämpfen in einheitlicher Front.

Das Jahr ist vergangen und Eure Lage ist schwerer denn je. Die Löhne sind gesunken, die Steuerlast gewachsen, die Arbeitszeit wird verlängert, die Fortbildungsschulzeit in die Abendstunden verlegt, die Unternehmerrücklage wird immer unerträglicher, die Arbeitslosigkeit ist ungeheuer. Tausende von Euch sind als Opfer von Ausperrungen am Plage geblieben. Hunger und Not haben furchtbare Formen angenommen und Not haben furchtbare Formen angenommen.

Und die imperialistische Kriegsgefahr ist heute schon keine Zukunftsaussicht mehr, sondern dringende Gegenwart. Voincares Armeen überfluteten Deutschland. Die bewaffneten Kontingente zwischen den verschiedenen Staaten vermehren sich, an allen Stellen flammen die brennenden Kolonialkriege, die Kriegskolonien wachsen ins Riesenhafte. Wer kann sagen, Ihr, junge Werktätige von der Dreißig und vom Pfingst, werdet Euer Blut wieder, wie 1914-1918, in Hunderttausenden für die Geldsackinteressen einer Handvoll Kapitalisten verschütten müssen?

Die Reaktion ist mächtig erstarrt.

Falshiten und Halenkreuzer, Orgeß, Schützen, Ku-Klux-Klan, mit tausend Armen erstreckt sich dieses blutige Ungeheuer über die ganze Erde. In Italien ist es zur unumschränkten Herrschaft gekommen, in den anderen Ländern versucht die Bourgeoisie auf gefahrlidem und ungefählichem Wege, dem grausamen Beispiel ihrer italienischen und ungarischen Vorbilder zu folgen.

Mit ganzer Wucht hat sich die Reaktion auf die revolutionäre Jugendbewegung geworfen. Während aber keinem sozialdemokratischen Führer ein Haar gekrümmt wurde, wurden die kommunistischen Jugendlichen wegen ihrer heldenmütigen Verteidigung der Forderungen der arbeitenden Jugend zu Hunderten in die Gefängnisse geworfen, starben sie unter dem mörderischen Beile des weißen Terrors, werden die kommunistischen Jugendorganisationen verfolgt und aufgelöst. Gerade in den letzten Wochen hat sich die weiße Meute wieder mit verdoppelter Wut auf die revolutionäre Ar-

Zum Schluß wandte sich Genosse Heydemann gegen die unproduktive Arbeit. Für Branntweinstillstellung seien 20 Prozent der Kartoffeln reserviert, 1,9 Millionen Hektoliter Traubenbrandwein seien im letzten Jahre hergestellt worden, wozu auch eine Menge Kohlen vergebraucht wurden. Nach Millionen zählen die Arbeitslosen und Kriegsstrümpel, dabei werden aber nach einer Angabe Rathenows 5 Millionen Arbeiter unproduktiv beschäftigt und eine Million der Bevölkerung lebt von Spekulationen. Nur der Sozialismus wird aus dieser formidablen handtrocknen Wirtschaft herausführen. Das Proletariat muß seine Waffen schärfen und gebrauchen lernen und dafür sorgen, daß im revolutionären Klassenkampf die kapitalistische Wirtschaft überwinden wird.

Der frühere Wirtschaftskammerminister Schmidt (DPSD) vertrat in längerer Rede, keinem Parteifreund Herz gegen den jetzigen Wirtschaftskammerminister beizubringen. Dann wird die Verhandlung abgebrochen. Die Weiterberatung des Wirtschaftskammergesetzes soll auf den Montag vertagt werden. Morgen will man in zweiter Lesung das Streikverbotgesetz verabschieden. Genosse Koenen protestiert namens der kommunistischen Fraktion und beantragt Fortsetzung der Wirtschaftskammerdebatte. Der Antrag wird abgelehnt, ebenso ein Antrag Giese (Deutschnationale Partei), der die Polizeigewalt gegen die deutschsprachigen Abgeordneten zu beschränken.

Reichstagsitzung

Der Reichstag gegen Verabschiedung des Streikverbotgesetzes — bejubelt. Die Reaktion hatte den jamberen Plan, am Samstag, mitten in die Beratung des Wirtschaftskammergesetzes hinein, ein Ausnahmengesetz gegen die Kommunisten durchzuführen. Die deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Demokraten und die konservative Volkspartei beantragten, einen § 107a in das Strafgesetzbuch einzufügen,

weiterjüngend gestützt. Während die sozialdemokratischen Führer keinen Finger rühren und behaupten, daß die Arbeiterklasse nicht kämpfen wolle, wurden zwanzig junge Kommunisten in Spanien, die leitenden Mitglieder der kommunistischen Jugend Belgiens, die Sekretäre der kommunistischen Jugend Frankreichs, viele junge deutsche Kommunisten wegen ihres unerschrockenen Kampfes gegen den bürgerlichen Militarismus und imperialistischen Krieg verhaftet und gerichtlich verfolgt, in Rumänien wurden revolutionäre Jungarbeiter zu Zuchenhäusern verhaftet, in Polen und Estland zu schweren Kerkerstrafen verurteilt.

Aber trotz aller Bemühungen haben die sozialdemokratischen Führer die von uns vorgeschobene Hand der

Einheitsfront gegen den Ansturm des Kapitals.

und gegen die kapitalistische Kriegsgefahr noch immer wieder ausgeschlagen. Das darf sich nicht weiter gehen. Wollt Ihr bulden, daß der Kapitalismus uns zersprengt, zermalmen kann? Es gibt nur eine Rettung: Einheitsfront der arbeitenden Jugend, Einheitsfront der gesamten Arbeiterklasse.

Junge Genossen! Arbeiter, Lehrlinge, arme Bauernjugend! Und Ihr junge Brüder im Waffencod, Soldaten und Matrosen!

Heraus zum Kampf und Protest!

Ein donnerndes Orng dem glerigen Kapitalismus und der blutigen Reaktion! Krieg dem imperialistischen Kriege. Kampf gegen die Verelendung der Arbeiterjugend. Zusammenfassung der Massen zur Einheitsfront! Seht auf Sowjetrußland, den ersten Arbeiter- und Dauernstaat, der unerschütterlich als Hort und Schutz der Arbeiterklasse besteht!

Das sind unsere Parolen zum 1. Mai!

Schließt Euch ein in die Reihen der erwachsenen Arbeiterschaft. Einheitsfront zwischen jugendlicher und erwachsener Arbeiterschaft! Heraus aus den Betrieben und Schulen, heraus aus den Kasernen und Feldern, heraus auch aus der letzten kleinen Werkstatt. Die Arbeit nieder am 1. Mai! In gewaltigen Massendemonstrationen soll diesmal die ganze Arbeiterklasse der Bourgeoisie ihre Lohnungen kundtun und sich zu den neuen Kämpfen formieren.

Rußt die Sturmgloden den ersten Mai des Kampfes mit Macht ins Land dröhnen.

Rüdet mit dem imperialistischen Krieg und der Reaktion!

Schlag mit der Verelendungssoffensiv des Kapitals!

Es lebe die Einheitsfront der gesamten Arbeiterklasse!

Das Exekutiv-Komitee der kommunistischen Jugendinternationale.

Mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe bis zu einer Million Mark erkaunt werden kann, wird bestraft, wer nichtverbotene Verlautbarungen, Aufzüge oder Kundgebungen mit Gewalt oder durch Bedrohung mit einem Werkzeug verhindert oder sprengt.

Gleichzeitig wurde ein Antrag Levi-Crispien auf die Tagesordnung gesetzt, nach dem republikanische Beamte, die ihre Pflicht zum Schutz der Republik jahrelang oder absichtlich außer Acht lassen, mit Strafe bedroht werden.

Die kommunistische Fraktion protestierte schon gestern gegen die Einbringung dieser Anträge in die Reichstagsberatung. Wie zu erwarten war, das Haus am Sonnabend äußerst schwach besetzt. Schon vor Beginn der Sitzung war eine große Anzahl Abgeordneter abgereist. Abgeordnete der Rechten kamen gleich im Hut und Heberzieher vor den Plenarsaal, zeichneten sich ein und verabschiedeten wieder. Sie hielten es nicht einmal für nötig, vorher den Heberzieher abzulegen und den Sitzungssaal zu betreten. In der gestrigen Sitzung hatte Schütz (Bromberg), der Führer der Deutschnationalen, sich noch vom Präsidenten versichern lassen, daß eine Abstimmung nicht vorgenommen werde. Man mutete also dem schwach besetzten Hause zu, die Anträge zu beraten, während die Herren dann bei besser besetztem Hause lediglich durch Abstimmung dem Ausnahmengesetz Geltung verschaffen wollten. Dieser Streich wurde ihnen von der kommunistischen Fraktion verweigert.

Genosse Eichhorn

beantragte, bevor noch in die Beratung eingetreten wurde, Übergang zur Tagesordnung und beantragte den Antrag mit der Interesslosigkeit der Antragsteller selbst, die es nicht für notwendig hielt, zur Beratung ihrer eigenen Anträge an der Sitzung teilzunehmen. Ein Volksparteiler widersprach dem Antrag, worauf Genosse Eichhorn die Unzulässigkeit des Hauses bezweifelte. Nach längerem Barten konstatierte der Abgeordnete, daß nur 127 Mitglieder im Hause anwesend sind und daß auch keine Aussicht bestehe, daß in einer halben oder in einer Stunde die fehlenden Abgeordneten hinzukommen werden. Die Sitzung hatte damit ihr Ende erreicht. Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht Fortsetzung der Beratung des Wirtschaftskammergesetzes und erst die Beratung des oben erwähnten Verabschiedungsgesetzes.

Preussischer Landtag.

Mittelsche Waisenkinder — Aufwachen der Land — Prügel für Fürsorgekinder. Am Mittwoch beendete der Landtag die Beratungen des Wohlhabensgesetzes. Bei den einzelnen Titeln bringen die Abgeordneten eine Menge Beschwerden und Klagen oft laute Natur vor.

Genossin Arens: Von den 60 000 fürsorgebedürftigen Kindern befinden sich über die Hälfte in Anstalten, von denen man ein einziges machen treffendes Bild erhalten kann. Ueberall ist das Bestreben bemerkbar, die Kinder möglichst zu beeinflussen. Mißhandlungen, schlechte Ernährung sind an der Tagesordnung. Nothschlamm liegen die Fälle der Familienangehörigen besonders auf dem Lande.

Wir verlangen, daß die Ministerien endlich die mittelalterliche Einrichtung der Prügelstrafe abschafft.

Genossin Gesske weist die Rechte der lebhaften Debatte auf, als sie den Schwere der Hand der Prügelstrafe auf die Kinder zeigt. Sie lebhaft Beschwerden von Kindern und Müttern, die sich über die unerhörte Ausbeutung auf dem Lande beschweren. Zahlreiche Kinder haben an Körpergewicht abgenommen, erhalten schlechte Verpflegung und müssen in anstrengender Landarbeit erst das höchste Verdienen. Viele Kinder schreiben Briefe an die Eltern, sie wieder nach Haus zu holen. Es muß verlangt werden, daß die ortszuständigen Gewerkschaften, insbesondere Konzeptionskommissionen von Arbeiterfrauen bilden, die die Lebensverhältnisse der Kinder baulern kontrollieren.

Ein halbes Duzend Redner der Reichstagspartei bemühte sich, diese treffenden Ausführungen abzuwehren, und als gar ein SPD-Mann (Bürgeln) unsere Rednerin unterbrach wurde er zum Schluß energisch von dem Zionswächter der SPD-Koalition Heilmann zur Ordnung gerufen.

Genosse König kam in einer ausführlichen Rede auf die tendenziösen Berichte der deutschen nationalen Frau Dr. Spohr zurück und stellte an Hand eines amtlichen Berichts des Hamburger Fürsorgeamtes folgendes fest: Im Potsdamer Militärwaisenhaus, das dem Wohlhabensministerium untersteht, herrscht heute noch der alte militärische Geist. Alles geschieht nach Kommando: An- und Abtreten zum Essen, das Abwaschen, Weglegen des Handtuchs. Die Kinder haben keine passende Sitzgelegenheit, Holzbocke und Bänke ohne Lehnen. Vom ärztlichen Standpunkt geradezu ein Greuel am fürperlichen Wachstum des Kindes. (Der Zeitungsmann Dr. Stender ruf: „Sollen Sie nicht leicht Klubsessel haben?“) Die Ernährung ist unzulässig. Wenn ein Teil der Kinder gefressen ausbleibt, so trifft das andererseits bei den größten Mehrzahl nicht zu, die bleich und mager gefunden wurden. Erschreckend, da für die Ernährung der Kinder pro Tag nur 5 Mark (im Januar 1922) ausgeben wurde.

Dr. Wehl (DPSD) unterbrach die Ausführungen des Genossen König.

Der Minister glaubte diese Rede abschwächen zu können und lagte zu, für die Zukunft alles zu tun, die Anstalt als Musteranstalt auszubauen.

Genosse König verlangte weiter, daß die Wohlhabensminister endlich dazu kommen mögen, die § 9a des Kommunalabgabengesetzes in seine Ausführungsbestimmungen so zu gestalten, daß man in der Gemeindepraxis etwa damit anfangen könne. Die Industrie, die Gelbe Schwärme, muß zum Kleinwohnungsbaue herangezogen werden, wenn die Wohnungsnot beseitigt werden solle. Auch hier lagte der Minister zu, die Mängel des Gesetzes anzuerkennen, in aller nächster Zeit Abhilfe zu schaffen.

Kurze Meldungen.

Opfer des irischen Freiheitskrieges. WTB London, 20. April. Reuter meldet aus Dublin die Belagerung der Felsenküste in Kerry, in der sich sieben Aufständische gegen die Regierungstruppen verteidigen, ist beendet. Von den Aufständischen wurden zwei erschossen, zwei hingerichtet und fanden von Tod im Wasser, die übrigen drei wurden gefangen.

Milde Strafe gegen bürgerliche Verleumder. WTB Wien, 20. April. Heute fand vor dem Schwurgericht die Verhandlung in der Ehrenbeleidigungssache des amerikanischen Schriftstellers Epton Sinclair gegen den ehemaligen österreichischen Ministerpräsidenten und Kirchenratslehrer Guffner statt, der am 22. September 1923 in einer in der Reichspost erschienenen Kritik über „Revolution im Profit“ von Sinclair geschrieben hat, daß er ein Schriftsteller für einen Schurken halte. Die Schwurjurorin bejahte die Schuldfrage auf Verlangen. Ehrenbeleidigung mit 9 gegen 8 Stimmen und erkannten mit 9 nein und 3 ja, daß der Wahrheitsbeweis nicht erbracht wäre. Der Gerichtshof verurteilte Guffner zu einer Geldstrafe von 50000 Kronen (österreichische national) Die Strafe und im Nichterbringungsfall zu 24 Stunden Arrest.

Belegung des Landarbeiterstreiks in England. WTB London, 21. April. Reuter meldet aus Norwich, die Vertreter der Landwirte und der Landarbeiter haben sich mit der vorgeschlagenen Regelung, wonach der Lohn für 50 Arbeitstagen in der Woche 25 sh betragen soll, einverstanden erklärt. Damit ist der Landarbeiterstreik beendet.

Au unsere Kolporteurs und Mitglieder der Zeitungskommissionen!

Mit dieser Nummer überhanden wir eine Extraausgabe (Propaganda) an die Kolporteurs. Diese soll nicht von Kolporteurs abgesetzt werden, sondern sie dient als Material für die Propagandawoche. Der Verkaufspreis ist aufgebracht. Wir bitten unsere Genossen in der Gewinnung neuer Abonnenten größte Energie zu entfalten, damit die kommunistische Idee in den breitesten Massen Boden gewinnt.

Der Verlag.

Breslau. Solales.

Sie haben's entdeckt.

Nämlich die Breslauer Neuesten Nachrichten... das die Schuld an dem neuesten Sturm der Welt nicht zuletzt den kommunistischen Umtrieben in Sachsen...

bestimmt ihre Bedeutung. Ruhrhilfe zog weder in Deutschland noch in Polen. Aber die Parole - ein Kampf zwischen Polen und Deutschland...

Und die bürgerlichen Presseblatts in Schlesien wetteifern darin, die Zustände in Oberschlesien möglichst schwarz in schwarz zu schildern...

In Polnisch-Oberschlesien gährt es unter der Arbeiterchaft schon seit Monaten. Die Arbeiter streifen auf einigen Belegstellen...

In Deutsch-Oberschlesien ist der Geduldsfaden der Proletarier ebenfalls gerissen. Sie verlangen höhere Löhne, billige Lebensmittel...

Die Kapitalisten hüben und drüben wünschen daher nichts schändlicher, als einen fruchtbringenden Putsch...

Besonders die Fasziisten in Deutschland können einen solchen Augenblick kaum erwarten. Log doch die „Schlesische Tagespost“...

Der Nationalismus spukt! Arbeiter Oberschlesiens, laßt euch nicht mit nationalen Redensarten besoffen machen!

Klein Schönow. Öffentliche Versammlung der KPD in Brodau. In Brodau fand am 16. April eine öffentliche Versammlung der KPD...

Provinzielles.

Der Nationalismus spukt in Oberschlesien.

Das Feuer unter dem nationalistischen Heldenkessel kam keine Glut bekommen. Der Inhalt des nationalistischen Kessels will nicht kochen...

Korfanty, der polnische Massenschlächter, soll ein leises Stöhnen gegeben haben. Auf die Frage eines Arbeiters bei einer öffentlichen Demonstration...

Und prompt in derselben Zeit spricht auf deutscher Seite Herr Dr. Herschel auf einer öffentlichen Konferenz betreffend Oberschlesien in Breslau...

Der Arbeiter-Abstinenz-Bund hält am Montag im Gewerkschaftshaus eine wichtige Mitgliederversammlung ab. Tagesordnung: 1. Vorschläge zur Wahl eines Delegierten...

Mitgliedszahl zuzunehmen. In der Diskussion sprachen zwei Jugendgenossen von Ober- und Mittelschlesien die Ausführungen des Referenten...

Beistehersdorf. Achtung! Fahrrad Diebstahl! Wir werden um Verschonung folgender Zellen gebeten. Am Montag den 16. April wurde dem Parteigenossen Alfred Rahner...

Hahnau. Eine Kreisversammlung fand am 15. April in Hahnau statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Politische Lage, Referent Genosse Friedrich-Hahnau...

Der Genosse Meier-Hahnau eröffnete die Konferenz und begrüßte die Erschienenen. Als dann erhielt zum 1. Punkt Genosse Friedrich-Hahnau, das Wort...

Gen. Meier-Hahnau kam dann auf die organisatorischen Fragen zu sprechen und schloß die Rede mit dem Satz: „Was geht im DGB vor“...

Nach der Erledigung des Rassenberichts sprach Gen. Schlotter-Hahnau über „Was geht im DGB vor“ und über die Agitation auf dem Lande...

Gen. Baumgart-Hahnau grüßte die Jugendlichen ein und ermahnte die Arbeiter, die Arbeit der Jugendleiter zu unterstützen...

In der Diskussion sprachen die Genossen Friedrich und Meier und ergänzten die Ausführungen des Referenten. Es wurde noch zur diesjährigen Maßfeier Stellung genommen...

Oppeln. O wie fürsorglich! Vor Jahren, als man auch in Oppeln für die Kinder der kapitalistischen Opfer eine Hilfsschule errichten mußte...

Hilfsschulkindern benutzte Anstalt dem ober-schlesischen Provinzialschulkollegium übergeben und die Doppelher Elternschaft der Hilfsschüler...

Neben. Freireisige Gemeinderäte. Donnerstag den 28. April findet im Saale des schwarzen Adlers eine öffentliche Versammlung aller Freireisiger Gemeinderäte...

Malleser. Die Malleser in diesem Jahre wird doch hoffentlich nicht ein Volkstag sein sondern ein Matztag sein. Als ein erfolgreiches Zeichen in der Liebauer Arbeiterbewegung...

Die Arbeiter erkennen, daß gegen den Fasziismus und die immer drückender werdende Bedrückung alle Arbeiter zusammenstehen müssen. In einigen Betrieben sind Schwärzereien vorhanden...

Aus Gewerkschaften und Betrieben.

Die Arbeitlosenunterstützung.

Bei der Beratung des Staats des Reichsarbeitsministeriums im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde von der kommunistischen Fraktion folgende Entschließung eingebracht:

- Der Ausschuß wolle beschließen: a) Spätestens vom 15. April 1923 ab soll die Unterstützung für Erwerbslose in der Ortsklasse A betragen: 1. Für eine männliche Person über 21 Jahre...

Der DGB darf nicht zerfallen werden!

An die Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes! Eine Reichskonferenz kommunistischer Eisenbahner, die sich notwendig machte durch die Spaltungstätigkeit des Hauptvorstandes...

... der Eisenbahner gebracht. Mit Rücksicht auf die politische Lage fordert der Hauptvorstand auf, das Ergebnis der Verhandlung unter Protest anzunehmen. Das heißt mit anderen Worten: wir sollen unserer weiteren Verleumdung und Beschuldigung zustimmen.

Die Errungenschaften der Novemberrevolution verschanden mehr und mehr. Statt Einheitsfront des proletarischen Durchführungs der Eisenbahnerkämpfe und damit 12- bis 15stündige Arbeitszeit. Die Gefahr der Aufsehtung der Faschisten herrscht auch in Deutschland immer drohender. Die Regierung kann legitimiert werden diese Bestrebungen. Was die Herrschaft der Faschisten bedeutet, sehen wir in Italien:

Erkundung von Arbeitern, Minderungen und Zerschlagung der Arbeiterbewegungen und Gewerkschaften

Raub aller Rechte, das haben insbesondere die Eisenbahner zu erwarten, wenn nicht sofort zum Kampf gegen den Faschismus geschritten und proletarische Abwehrmaßnahmen getroffen werden. Das Proletariat muß seine ganze Macht in die Waagschale werfen, muß den Kampf aufnehmen gegen die mit den Faschisten sympathisierende Regierung. Es muß sich einleiten mit aller Kraft für die Bildung einer Reichsarbeiterregierung, die sich stützt auf die breiten Massen des Klassenbewußten arbeitenden Volkes.

Der Einbruch des französischen Imperialisismus in das Ruhrgebiet, in die Pfalz hat durch seine wirtschaftlichen Folgen die Lage der Arbeiter erneut verschlechtert. Tausende von Eisenbahnern werden mit ihren Familien ausgewiesen, weil sie dem Befehl der Regierung Folge leisten. Während die Ausgewiesenen von Ort zu Ort ziehen und froh sein müssen, Unterstützung zu erhalten, bereitet sich hinter den Kulissen die Einleitung des Kampfes mit dem französischen Kapital vor. Die Kosten dieser Einigung werden den zerschundenen Schultern der Arbeiter aufgeschuldet. Das Reichs-Verkehrsministerium erklärt, daß nach der Ruhrbesetzung die Personalveränderung durchgeführt wird und 40.000 Eisenbahner auf die Straße geworfen werden.

Diese Verhältnisse erregen, daß die Arbeiterfront in gerader Front, daß insbesondere die Gewerkschaften den Kampf gegen die Unterdrücker und Ausbeuter des Proletariats auf der ganzen Linie aufnehmen. Es ist bitter, aber wir müssen es aushalten.

Der Vorstand unserer Organisation hat das Gegenstück von dem, was die Stunde erfordert.

Er löst sich den Kampf gegen das Kapital und gegen die imperialistische Regierung aufzunehmen. Die naturerzwingende Folge dieser feigen Politik ist die erbärmliche Lage der deutschen Eisenbahner. Unter diesen Umständen ist es natürlich begreiflich, daß der Kreis der Unzufriedenen, die Zahl der zum Hauptvorstand in ihrer Organisation in härtester Opposition stehenden Mitglieder immer größer wird. Der Hauptvorstand des DEB. steht vor einem „Entweder oder“.

Entweder muß er dem berechtigten Verlangen der Opposition nachgeben, auf dem Boden des Klassenkampfes energischer für die Interessen der Mitglieder einzutreten, oder aber der Hauptvorstand hält an seiner verabschiedeten Politik fest und opfert die Interessen der Eisenbahner dem Burgfrieden mit der Gump-Regierung. Es ist daher gezwungen, wenn er den Kampf gegen die Gump-Regierung nicht führen will, die ihm entgegenstehende Opposition mundtot zu machen, sie aus dem Verbande auszuschließen und die Auflösung der oppositionellen Ortsgruppen vorzunehmen. Es tritt dann ein, was sich jetzt in Berlin abspielt.

Der Massenauflösung oppositioneller Kolonnen folgte vor wenigen Wochen die

Auflösung von 21 Zellsellen der Ortsgruppe Berlin.

Warum? Weil die Mitglieder der Ortsgruppe Berlin verlangten, daß die von ihnen gewählte Ortsverwaltung befristet wird, weil sie einbezogen für die Durchführung der Bestimmungen des Statuts, weil sie kämpften um ihr Mitspracherecht und für die Einheit des DEB.

Die Nichtbestätigung der Berliner Ortsverwaltung und die Auflösung der 21 Zellsellen ist keine zufällige Entscheidung. Sie ist das Programm des Vorstandes. Hiermit haben die Berliner Eisenbahner eine oppositionelle Ortsverwaltung gewählt, und ebenso zahlreichem gegeben, wie man ihre Vertreter nicht bestellte und kommunikativen Beziehungen einlegte. Das Bekenntnis zur proletarischen Devotion verpflichtete die Eisenbahner Berlin, diesmal den Kampf gegen den Vorstand anzunehmen. Die Eisenbahner des Reichs muß mit ihnen die revolutionäre Arbeiterschaft fühlen sich eins mit den Eisenbahnern Berlin. Sie werden mit ihnen kämpfen für die Durchführung folgender Forderungen:

1. Durchführung der Auflösung der Zellsellen und Befestigung der gewählten oppositionellen Ortsverwaltung.
2. Anerkennung und Befestigung der proletarischen Demokratie innerhalb des DEB. als Repräsentation des Reichsbewusstseins der Mitglieder des Verbandes.
3. Mithinsetzung aller oppositionellen Mitglieder des DEB., die sich keiner proletarisch-revolutionären Haltung (Unterstützung von Arbeitgebern etc.) schuldig gemacht haben.
4. Sofortige Übertragung eines entsprechenden Beschlusses.

Wir rufen den Eisenbahnern, den Mitgliedern des DEB. im ganzen Reich zu: Es ist die nationale Aufgabe des Reichsbewusstseins, jetzt das Leben der schicksalhaften Elemente, erweist die Gefahr, die sich droht! Kämpft für die Einheit des DEB. Es geht nicht um die Einheit des DEB. der 1888 der Arbeiter der Mitglieder oberes Reich, nicht um die Einheit der Organisation, nicht um der Einheit, sondern um der Arbeiterklasse willen ist das Leben der Stunde.

... mit der letzten

Politik der Arbeitergemeinschaft. Durchführung des rücksichtslosen Klassenkampfes. Kampf, den es wagen, die Einheit der Arbeiterorganisationen zu verschlagen. Erhaltung der Einheit des DEB. und Schaffung der Einheitsorganisation aller Eisenbahner!

Reichskonferenz der kommunistischen Eisenbahner.

Aus dem Zeitungsarbeiter-Verband Sagenbielan.

Am Donnerstag den 12. April fand hier die Quartalsversammlung der Zelle statt. Zum 1. Punkt erhaltet Kollege Reichenberger den Kasienbericht. Er fordert am Schlusse seiner Ausführungen von den Mitgliedern, daß Sie die Beiträge pünktlich entrichten, um die Kampfkasse zu stärken damit in einem günstigen Moment bei genügend Mitteln der Machtkampf gegen das Kapital aufgenommen werden kann. Wir sind der Ansicht, daß günstige Momente schon genug vorhanden waren, um dem Kapital die Macht zu entreißen. Aber wenn man glaubt, mit den paar Arbeitergroschen, die sich in den Gewerkschaftskassen befinden die Geldläche der Kapitalisten über den Haufen zu werfen, so ist das eine Utopie. Zu Punkt 2 referierte Gewerkschaftsführer Lang über die Betriebskassenunterstützung. Er führte u. a. aus, daß es in den früheren Jahren nicht möglich gewesen wäre solch soziale Gesehe zu schaffen.

Er führt den Arbeitern vor Augen, daß sie nun wenigstens vor der Not geschützt sind und erklärte dabei, daß die Unternehmer keinerlei Schwierigkeiten in der Annahme der Fürsorge gemacht haben. Mit keinem Wort erwähnt er, daß die Unterstützung ja nur vom Staat und der Gemeinde getragen werden müssen, also von den Geldern der Arbeiter und daß die Unternehmer keinen Widerspruch dazu beisteuern. In der Diskussion sprach Kollege Kraus über die Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsweise und ihre Begleiterscheinungen die Krisen, unter den wir gegenwärtig wieder so gewaltig leiden müssen. Er zeigt den Arbeitern dabei es nur 2 Dinge gibt, Entweder Untergang der Werktätigen oder rücksichtslosen Klassenkampf. Dazu gehört aber Einheitsfront aller Ausbeuteten und keine Arbeitergemeinschaft. Anschluss an Russland den einzigen Arbeiterstaat ist nötig. Leider gibt es heute noch SPD-Mitglieder wie Robe & Co. die behaupten, daß sie lieber die Franzosen als Feinde als die Russen als Freunde in Deutschland haben wollen. Für die Ausführungen wurde dem Kollegen lebhafter Beifall zu teil. Es sprach noch Kollege Kricher, welcher die Ausführungen des Kollegen Reich ergäuzte und unterstützte. Unter Punkt 3 gab der Gewerkschaftsführer Lang den Bericht von den Betriebsräten. Er erzählte wie nach und nach die christlichen Gewerkschaften mehr Anhänger gewonnen haben und darauf gewissermaßen, die kommunistische Liste bei den Betriebsräten wählen 1922 schuld sei. Auch bei dies die Ursache, daß die Unternehmer, namentlich die Firma Bierig, so mit den Arbeitern aufspielt. Er fordert die Betriebsräte auf die Interessen der Arbeiter voll und ganz zu vertreten. Er meint, daß die, die immer Einheitsfront rufen und immer nur die Einheitsfront zerkleinern wie in den Gewerkschaften. Zur Diskussion spricht Kollege Reichel. Er legt den Arbeitern klar warum die Kommunisten gezwungen waren eine eigene Liste aufzustellen, daß die SPD-Betriebsräte immer gerufen haben die Kommunisten wollen nur kräftiger über keine positive Arbeit leisten, und als dann die Kommunisten mitarbeiten wollten und verlangten, daß die Liste halbtartig werde, hat man es abgelehnt. So hat man die Kommunisten gezwungen eine 2. freigeberische Liste aufzustellen. Darum hat Gewerkschaftsführer Lang das Ausschlußverfahren gegen die Kommunisten eingeleitet um sie zu zwingen die eigene Liste aufzugeben. Doch die Kommunisten ließen sich nicht irren machen und beteiligten sich mit der eigenen Liste an der Wahl. So war das Ende, daß das Vaterland, wie Lang damals die Kommunisten nannte, mit 8 Mandaten durchzogen wurde die SPD. Darauf hin trauerte sich Gewerkschaftsführer Lang nicht die 8 gewählten Kommunisten auszuschließen, weil die Zahl der Zeitungsarbeiter, die sich dagegen aufgebäumt hätten, zu groß war. Weiter fragte Kollege Reichel die Versammlung ob die Gewerkschaft die Klassenkämpfe Arbeiter namentlich die Betriebsräte, wenn sie durch ihre Zügel von den Kapitalisten auf Straßenplaner fliegen. Er beantwortet die Frage mit Nein. Ein trübseliges Beispiel in Oberschlesien, wo die Gewerkschaftsführer gänzlich verdrängt und wo die Betriebsräte heute noch auf der Straße liegen. Die Einheitsfront legt Kollege Reichel noch auseinander. Er sagt den Betriebsräten, daß wir allerdings keine Einheitsfront verstehen in Gemeinschaft mit dem Kapital. In der Ruhrfrage, wo wir den Arbeitern den letzten Pfennig aus der Tasche ziehen, für die Ruhrhilfe damit man mit diesem Geld die nationalen Produktionskräfte unterstützen und Waffen aufkaufen kann. Wir verstehen unter Einheitsfront den Zusammenbruch aller Angehörten und wenn es sein muß über die Köpfe der Führer hinweg.

Punkt 4 war die Wahlfrage. Gewerkschaftsführer Lang fragt die Versammlung ob die Betriebsräte dafür sorgen sollen, daß am 1. Mai Arbeitstube herrsche und in den Betrieben an einem anderen Tage dafür gearbeitet werde. Die Versammlung befragt einmütig Arbeitstube. Der 2. Vorredende, Kollege Hoff, konnte es sich nicht verkneifen, die Versammlung zur sozialdemokratischen Meißner einzuladen. Eine Kommission bearbeitete die Sache. Man wollte über diesen Punkt ohne Debatte gehen. Doch erzwangen die Arbeiter eine Aussprache. Kollege Günther sprach in der Diskussion. Er erklärt den Arbeitern, daß zuerst ein Ausschuss gewählt werden sollte von drei Kollegen der SPD, DEB. und des Gewerkschaftsvereins. (Am Tage von der Sitzung kam der Sekretär der Gewerkschaft und erklärte, daß die Sitzung sich erübrigt, da die SPD es ablehnt mit der SPD gemeinsam die Wahlfrage zu besetzen. So sind wir gezwungen worden auch hier eine eigene Wahlfrage zu veranlassen. Auch hier sehen wir wie die SPD die Einheitsfront zerkleinert, indem sie am 1. Mai, an jenem Tage, wo die Arbeiter aller Parteien für die gleichen Parolen kämpfen, des Zusammenstehens der Kommunisten und Sozialdemokraten ablehnen) Reiner fordert die Anwesenden auf,

Nur die Arbeit kann uns retten.

Aus Schieds erg wird uns geschrieben: „Mittelsmoral wurde dieses beliebte Schlagwort um die Ohren geschlagen, in unzulässigen Versammlungen in der Presse, selbst von den Feinden der Arbeit auf dem Boden der Gump-Regierung. Lassen wir mal in unserm kleinen Gebirgsstädtchen. Zusammen sprechen. Bergbauarbeiter Gebr. Wohl, A.-G. Sportfirma, schickte in den Arbeitsjahre ungenutzte Baumaterialien, welche durch den Dollarkurs etwas bestritten wurden, läßt verfürzt arbeiten, erläßt einen beträchtlichen Teil der Verluste, wobei man sich den Zinsfuß um die wirtschaftlichen Verhältnisse der Betroffenen kümmert. Aber trotz aller Not hat der Herr Generaldirektor noch seine 3 Autos zur Verfügung, kauft das alte Fürstenschloß Rixberg für (gerüchtweise) 20 Millionen. Die Futurfabrik G. O. Gütler arbeitet auch verfürzt und beschließt Entlassungen vorzunehmen. Sie soll durch Dollarkurs beträchtliche Verluste erleiden haben. Gebr. Herr A. Dammert, bewohnt ein Schieferhaus, Krummhölz eine hübsche Villa. Der Schneidersohn, Herr Dr. Rumpf, bewohnt ebenfalls eine Villa hier für sich, mit Garten, Park, Zierhaus usw. 2 Personenautos. Ja, ja der Schwatz von 50 Personen in Gumpenstadt Firma Gebr. Weidner und Appertmann (Gumpenstadt) arbeitet ebenfalls verfürzt, entläßt ebenfalls Arbeiter, da angeblich keine Ware zu erhalten, trotzdem in der naheliegenden Fabrik die Lager vollgepfropft sind. Firma R. Lang, Weidner setzt noch andere ganz aus. Firma Hof, Frau H. Albers, Weidner, Betriebsgang geschlossen (15 Mann). In der Gumpenstadtfabrik werden ebenfalls Arbeiterentlassungen vorgenommen. Ah, die Herrn Industriellen, nur Arbeit kann uns retten! Was Proleten steht man den letzten Groschen für die Aufspende aus den Taschen im Ruhrgebiet (Gumpen) verfürzt man die Führer der Arbeiter und die Aufspende? Die stellt man der Herrn Unternehmern zur Verfügung, vielleicht läßt sich hier in Rixberg auch in noch arrangieren, befreit habe die Herren auch.

Ein Arbeiter.

... am Malfest der revolutionären Arbeiterschaft zu beteiligen. Der 2. Vorredende erklärt, daß sie von der Zentrale der SPD, die Aufforderung erhalten haben, mit den Kommunisten keine gemeinsame Malfest zu machen. Dasselbe erklärte der SPD-Landtagsabgeordnete und Gewerkschaftsführer Lang.

Punkt 5 Anträge und Verschiedenes. Kollege Reichel hatte drei Anträge eingebracht. 1. Antrag lautete dahin, daß alle sich notwendig machenden Bekanntmachungen nicht nur im „Proletarier“, sondern auch in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht werden; die kommunikativen Mitglieder fördern dieselben Rechte wie die sozialdemokratischen. 2. Antrag forderte, daß sich der Zeitungsarbeiter-Verband mehr als bisher um die Frauen kümmern soll, daß der Punkt Frauenfrage zu jeder Versammlung auf die Tagesordnung kommen soll und daß die „Gewerkschafts-Frauenzeitung“ mehr das Sprachorgan der arbeitenden Frauen werden müsse. 3. Antrag forderte: Der DEB. und die politischen Arbeiterpartei werden aufgefordert den Kampf gegen den Faschismus in energischer Weise aufzunehmen. Der Gewerkschaftsführer Lang erklärt, daß der Vorstand einstimmig beschlossen habe, die Anträge abzulehnen. Wir weisen nicht daran, daß er durch „Schiebung“ unheimlich zusammengesetzte Vorstand, von Lang's Graben den Willen der Wogen restlos erfüllen wird. Lang empfiehlt der Versammlung die Anträge abzulehnen. Lang ist der Ansicht, daß die Bekanntmachungen der Versammlungen in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ die Klasse zu sehr belasten. Es runderd uns, daß nicht die Gasrechnungen zuviel Geld kosten; denn da können doch die SPD-Vertrauensleute halbe Nächte lang im Zeitungsarbeiterklub ihre Sitzungen abhalten und die Rechnungen für das Gas was dort verbrannt wird, bezahlt der Zeitungsarbeiterverband. Kollege Reichel führt in seiner Begründung aus, daß die Frauen nur zum Beitrage zählen da wären, der Verband aber nichts tue, um die Frauen aus ihrer Passivität aufzurütteln. Er kritisiert die undemokratische Haltung des Vorstandes in der Zeitungsfrage. Ganz besonders charakteristisch ist die ablehnende Haltung des Vorstandes gegenüber dem Antrag, der den Kampf gegen den Faschismus verlangt. Die Anhänger Lang's versuchen nun den Kollegen Reichel niederzuschreiben. Ganz besonders hervor tat sich der frühere Obmann der Bierig'schen Fabrik, Emil Dente. Die Abstimmung ergab Annahme der Anträge Reichel mit großer Majorität, doch wurde die Abstimmung von Lang für ungültig erklärt. Durch die Provokationen des Dente und Genossen wurde die Versammlung so unruhig, daß der letzte Punkt Verschiedenes nicht mehr erledigt werden konnte. Auch die Aufforderung des Kol. Reichel, die Ruhe zu bewahren, hatten keinen Erfolg.

Arbeitszeitverkürzung und Waffenentlastung bei der mehazilischen Weherei Wollenhain.

In der mehazilischen Weherei Wollenhain ist die Arbeitszeit schon seit Monaten verkürzt. Jetzt will man zu Massenentlassungen schreiten. Zu den ersten von der Entlassung betroffenen Arbeiter gehören auch zwei von unseren Genossen, welche gegen die Mißstände im Betrieb gekämpft haben. Durch Schwelgerei auf den Maschinen will man die Arbeiter geistig machen. Die G. S. A. er wandten sich an den Schlichtungsausschuss, welcher sich natürlich auf die Seite der Kapitalisten stellte. Es wird uns mitgeteilt, daß die Weherei im Schlichtungsausschuss nationalistisch fand und im Saal des Schlichtergerichts immer noch die Kautschukblätter hängen. Das hier im übrigen sehr hochgehenden Herren nicht die Interessen der Arbeiter vertreten, ist klar auf der Hand. Die Gebührens- und Verrechnung der unzulässigen, nicht entlasteten Zeitungsarbeiter wächst von Tag zu Tag. Die Herren Unternehmer sollen sich hüten, es zu weit zu treiben. Die Gesundheit der Arbeiterschaft ist erschöpft.

Nur die Arbeit kann uns retten.

Aus Schieds erg wird uns geschrieben: „Mittelsmoral wurde dieses beliebte Schlagwort um die Ohren geschlagen, in unzulässigen Versammlungen in der Presse, selbst von den Feinden der Arbeit auf dem Boden der Gump-Regierung. Lassen wir mal in unserm kleinen Gebirgsstädtchen. Zusammen sprechen. Bergbauarbeiter Gebr. Wohl, A.-G. Sportfirma, schickte in den Arbeitsjahre ungenutzte Baumaterialien, welche durch den Dollarkurs etwas bestritten wurden, läßt verfürzt arbeiten, erläßt einen beträchtlichen Teil der Verluste, wobei man sich den Zinsfuß um die wirtschaftlichen Verhältnisse der Betroffenen kümmert. Aber trotz aller Not hat der Herr Generaldirektor noch seine 3 Autos zur Verfügung, kauft das alte Fürstenschloß Rixberg für (gerüchtweise) 20 Millionen. Die Futurfabrik G. O. Gütler arbeitet auch verfürzt und beschließt Entlassungen vorzunehmen. Sie soll durch Dollarkurs beträchtliche Verluste erleiden haben. Gebr. Herr A. Dammert, bewohnt ein Schieferhaus, Krummhölz eine hübsche Villa. Der Schneidersohn, Herr Dr. Rumpf, bewohnt ebenfalls eine Villa hier für sich, mit Garten, Park, Zierhaus usw. 2 Personenautos. Ja, ja der Schwatz von 50 Personen in Gumpenstadt Firma Gebr. Weidner und Appertmann (Gumpenstadt) arbeitet ebenfalls verfürzt, entläßt ebenfalls Arbeiter, da angeblich keine Ware zu erhalten, trotzdem in der naheliegenden Fabrik die Lager vollgepfropft sind. Firma R. Lang, Weidner setzt noch andere ganz aus. Firma Hof, Frau H. Albers, Weidner, Betriebsgang geschlossen (15 Mann). In der Gumpenstadtfabrik werden ebenfalls Arbeiterentlassungen vorgenommen. Ah, die Herrn Industriellen, nur Arbeit kann uns retten! Was Proleten steht man den letzten Groschen für die Aufspende aus den Taschen im Ruhrgebiet (Gumpen) verfürzt man die Führer der Arbeiter und die Aufspende? Die stellt man der Herrn Unternehmern zur Verfügung, vielleicht läßt sich hier in Rixberg auch in noch arrangieren, befreit habe die Herren auch.

Ein Arbeiter.

Bericht über die Kartellierung Witzeglersdorf.

Die letzte Kartellierung befaßte sich vor allen Dingen mit der Regelung der Malfest. Unsere Genossen hatten folgenden Antrag gestellt: Der Ortsausschuss des DEB. beschließt die Malfest auf dreifacher Grundlage und zwar unter folgenden Parolen zu begeben: 1. gegen jeden Lohnabbau, 2. gegen jede Arbeitszeitverlängerung, 3. gegen den Imperialisismus, 4. für die Bildung von Kontrollausschüssen, 5. für den proletarischen Selbstschutz, 6. für die Schaffung der proletarischen Einheitsfront und die Arbeiterregierung. Ferner beantragen unsere Genossen, daß zwei Redner, einer von der SPD, einer von uns sprechen sollte. Diese Anträge stießen dem DEB. Genossen große Furcht ein. Sie wandten sich gegen die Stellung eines Redners seitens der SPD, da sie befürchteten, daß derselbe Kritik an der famosen Politik ihrer Partei üben könne. Auch Kontrollausschüsse, proletarischer Selbstschutz etc. hielten der SPD nicht in den Ram. Der Antrag unserer Genossen wurde daher mit Stimmengleichheit abgelehnt. Andererseits lehnte die Versammlung auch ab einen SPD-Redner für die Malfest aufzustellen. Es sollen sich nunmehr die Vorstände beider Parteien über die Regierungsfrage einigen.

Unter Punkt 2 wurden die Wohlfahrt des Sprechen und auf 250 M. bei jährlicher Mehrerhöhung.

Die Oletwiger Eisenbahnarbeiter für den Kampf.

Im Müllergasshaus fand am Mittwoch eine öffentliche Eisenbahnerversammlung statt, die gut besucht war. Gen. Mangraf zeichnete in klaren Strichen das Bild, daß heute die in Städten dienenden Arbeiter und Beamten darstellen. Ihre wirtschaftliche Lage ist geradezu verwerflich, soweit es sich um untere und mittlere Beamtenschaft handelt. Ihr Einkommen liegt weit unter der Reichsindex und ist nicht geeignet die hungernden Mäuler der Angehörigen zu füllen, geschweige denn den zerfallenden Haushalt zu ergänzen. Beamte und Arbeiter des Staates sind bitter enttäuscht über die Wirtschaftspolitik auch der republikanischen Regierung, von der sie eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage erhofften. Die Behörden weisen immer auf die außenpolitischen Verhältnisse auf den brüderlichen Vertrag hin, um zu sagen, daß es nicht möglich sei andere Verhältnisse zu schaffen.

Man muß sich den Sachverhalt der Entente-kapitalisten guthaben, aber nicht zu verstehen ist es, wenn die Regierung nichts tut, um die fraglichen Schultern zu belasten. Es sei mir an die Milliardenüberschüsse der Unternehmungen erinnert. Dabei betragen diese Herrschaften den Staat um die von ihnen zu zahlenden Steuern. Istern die uns abgezogenen Steuern erst Monate später ab und spekulieren mit diesen Summen. Ja, die Erubenbarone bekommen die Kostensteuern gestundet und verdienen dadurch über 400 Milliarden Mark, die dem Staat verloren sind. Das ist der glatte Scherz, der vom Unternehmertum unter Zuhilfenahme der Regierung getrieben wird. Redner schloß mit den Worten, so schnell wie möglich zusammenzuschließen ohne Rücksicht auf Organisationszugehörigkeit zu einem festen Kampfbündel gegen die zu erwartende Unterdrückung durch die verschärfte Reparationspolitik. Beamte und Arbeiter müssen gemeinsam kämpfen, wenn Sie nicht untergehen wollen.

Der Genosse Zendrosch vom Bezirksbetriebsrat in Berlin kritisierte scharf die erlassenen Verfügungen und die Wirkungen derselben und forderte ebenfalls auf, einig und geschlossen den kommenden schweren Tagen entgegen zu gehen. Nachdem noch ein Betriebsrat aus Hindenburg die erbärmliche Handlungsweise der DEB-Bürokraten gegen den Kollegen Zendrosch kritisierte und ein christlicher Gewerkschaftsführer sein fühlendes Herz für die Kollegen Eisenbahner ausgesprochen hatte, beauftragte die Eisenbahner einmütig ihre Betriebsräte sich dem Aufruf an die Oberschlesische Arbeiterschaft anzuschließen. Außerdem protestierten sie in einer Resolution gegen den Sachverhalt.

Die Versammlung bewies, daß die Eisenbahner von Oletwiger nicht gewillt sind, alle Unterdrückung des DEB. ruhig hinzunehmen und daß sie solidarisch mit den andern Arbeitern den Kampf führen werden.

Die Belegschaft der Zulfenhütte für den Aufruf der Goseler Betriebsräte.

Am Donnerstag nachmittag fand eine Belegschaftsversammlung der Zulfenhütte statt, die zur wirtschaftlichen Lage Stellung nahm. Gen. Mangraf zeigte den Kollegen die Entwicklung der letzten 4 Jahre und bewies ihnen klar und treffend, wie die Außenpolitik Deutschlands und der Entente, die wirtschaftlichen Rückschläge erzeugte, als deren Opfer die Arbeiter, Angestellten und Beamten zu erbiden sind. Der reale Wert ihres Lohnes und Gehaltes ist auf 1/2 der Vorkriegszeit gesunken. Unternährung, Zübellose, Selbstmorde in großer Zahl sind die Folge. Trotz der Arbeit die uns befristet retten sollte, geht die Bevelendung weiter. Redner kritisierte die Regierung, die dem Massenherden der Arbeiter ruhig zuseht während die Unternehmer sich immer mehr bereichern. Die eigenen Führer der Gewerkschaften tun nichts, die Arbeiterkraft zum Kampf gegen diese Art Wirtschaftspolitik zusammen zu bringen. Die Opposition in den Gewerkschaften wird bekämpft, nur weil sie das Ausspielen Arbeiter gegen Arbeiter nicht mitmacht und den Arbeitern zuruft ohne Rücksicht auf die gewerkschaftliche Zugehörigkeit den kommenden Kämpfen geschlossen entgegenzugehen. Die Ausführungen des Gen. Mangraf wurden mit ungeteilt Beifall aufgenommen. Die Belegschaft schloß sich dem Aufruf der Goseler Betriebsräte an. Die Abwehrherrschaft der Zulfenhütte steht bereit die Arbeitskollegen auch gegen die faschistische Gefahr zu schützen.

Gewisse und Genossen werde eilig für dein Parteiorgan.

Die Arbeiterbewegung ehrt revolutionäre Kämpfer und hilft den Opfern der Reaktion.

Goetz und Mühlam Ehrensoldaten der russischen Roten Armee.

Die Militär- und Delegiertenversammlung des Gouvernements Moskwa vom 18. März 1923 hat die Genossen Goetz und Mühlam zu Ehrensoldaten des 40. Anschließereignisses in Anerkennung ihres Verdienstes um die Revolution ernannt.

Die russische Arbeiter- u. Bauernhilfe für die politischen Gefangenen in den kapitalistischen Ländern.

Die russische Sektion der Internationalen Roten Hilfe gibt am 1. Mai erneut eine illustrierte Sonderzeitschrift im Namen der politischen Gefangenen der kapitalistischen Länder heraus. Die am 18. März erschienene erste Sondernummer der russischen Roten Hilfsorganisation hat den Reinertrag von 8700 Dollars ergeben.

Herborragende Hilfe für revolutionäre Gefangene.

Die Hilfe der Arbeiter und Bauern des Gouvernements Moskwa für die in den kapitalistischen Ländern eingekerkerten Revolutionäre ist beispielgebend für das gesamte Proletariat aller Länder. Im Verlauf von wenigen Wochen haben die Arbeiter und Bauern des Gouvernements Moskwa die erstaunlich hohe Summe von 1500 Dollars aufgebracht. Allein zum 18. März sammelten die Moskauer Arbeiter und Bauern 750 Dollars. Von den bisher durch Moskwa gesammelten Geldern hat das Generalkomitee der Roten Hilfe u. a. 250 Dollar für die tauschenden Gefangenen und 250 Dollar für die Gefangenen der bayerischen Reaktion überwiesen. Das schwach bevölkerte Gouvernment war im vorigen Jahr Hungergebiet; trotzdem die staunenswerte Hilfe.

An den russischen Osterfeiertagen haben die Arbeiter und Bauern des Gouvernements Moskwa erneut in hervorragender Weise ihre Solidarität mit den gefangenen Gefangenen bewiesen. Freiwillig haben sie an allen Feiertagen in allen Betrieben, Werkstätten usw. gearbeitet und den Lohn für diese Tage vollständig der Internationalen Roten Hilfe für die eingekerkerten und verfolgten Revolutionäre zugewandt.

Ein Gymnast auf proletarische Solidarität!

Um die allgemeine Wehrpflicht in Polen.

Warschau, 21. April. Polnische Telegraphenagentur. Die Militärkommission des Sejm lechete gestern die Besprechung über die allgemeine Wehrpflicht fort. Abg. Maszynski besprach die politische Lage Polens und betonte die Notwendigkeit einer Veranschlagung der Armee. Die geographische Lage zwingt Polen zur Bildung einer starken Armee. Der Abgeordnete trat für eine zweijährige Dienstzeit ein. Abg. Haller verbreitete sich in längerer Rede über die Verteidigungsmittel des Staates und verlangte Bildung einer besonderen Straf-Abteilung für diejenigen, die nicht wert seien, in der Armee zu dienen. Was die Kosten des Erhalts betreffe, sollen sie in das Budget des Ministeriums des Innern aufgenommen werden. Der Vorsitzende des deutschen Klubs, Abg. Klinka, erklärte, daß alle polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität bereit seien, ihre Pflichten, die mit dem Heeresdienst verbunden sind, zu erfüllen. Darauf wurde die Sitzung auf Dienstag vertagt.

Das internationale Proletariat muß die Klüftungen Polens gegen Sowjetrußland scharf im Auge behalten.

Ein sozialer Roman von Jac London.

271 Sie werden selbst der Milch angehören, erwiderte Ernst, und man wird Sie nach Maine oder nach Florida oder nach den Philippinen oder sonstwohin schicken, um Ihre eigenen Kameraden, die um Ihrer Freiheit willen in Bürgerkriege gehen, in Blut zu erlösen. Unterdessen werden Ihre Kameraden von Wisconsin oder Kansas oder von irgend einem anderen Staate zur Milch eingezogen werden, und hierher nach Kalifornien kommen, um hier Ihre Kameraden in Blut zu erlösen. Jetzt waren sie wirklich erschüttert, und sie saßen stumm da, bis schließlich Herr Owen eintrat. Wir werden nicht zur Milch gehen. Wir werden nicht so verrückt sein. Ernst lachte hell auf. Sie kennen das Gesetz nicht, das zustande gekommen ist. Sie können sich nicht retten. Sie werden in die Milch hineingezwungen werden. Es gibt aber etwas wie Zivilrecht, bestand Herr Owen. Nicht, wenn die Regierung das Zivilrecht aufhebt. In dem Tag, an dem Sie von Empörung reden, wird Ihre Macht gegen Sie selbst angewandt werden. Sie würden zur Milch gehen müssen, ob Sie wollen oder nicht. Habeas corpus hörte ich jemanden soeben murmeln. Anstatt habeas corpus (Freilassungsbefehl) würden Sie post mortem (Freienschau) haben. Wenn Sie sich weigerten, in die Milch einzutreten, oder zu gehören, nachdem Sie ihr angehören, würden Sie vor ein Kriegsgericht gestellt und wie ein Hund niedergestrichelt werden. Das ist das Gesetz. Es ist nicht das Gesetz, behauptete Herr Kalbin bestimmt, es gibt kein solches Gesetz. Dieser Herr, das haben Sie geträumt. Sie sprachen von der Milch auf den Philippinen. Das ist gegen die Verfassung. Die Verfassung sagt ausdrücklich, daß die Milch nicht außerhalb des Landes gehalten werden darf. Was hat die Verfassung damit zu tun? fragte Ernst. Die Gerichtshöfe legen die Verfassung aus, und die Gerichtshöfe sind, wie Herr Kalbiner feststellt, die Kreaturen der Macht. Außerdem ist es Gesetz, wie Sie

Die Tätigkeit der Kontrollausschüsse im Reiche.

Der Wucher, der in der Nachkriegszeit in Deutschland immer rücksichtsloser sich breit machte, der im Herbst des vorigen Jahres ganz besonders hoch in Erscheinung trat, wog die Arbeiterchaft im ganzen Reich. Abwehrmaßnahmen. Die Führer der Arbeiterchaft und der SPD. unternahmen nicht zugen die Auslösung der breitesten Volksschichten. Die Arbeiterchaft geriet in Verzweiflungslage. an einzelnen Orten kam es bereits zu Unruhen. Wie früher, so wußten auch diesmal die Regierenden in Deutschland keinen anderen Ausweg als den Hunger der Massen mit Säbelhieben und blauen Bohlen zu stillen. Es bestand große Gefahr, daß die Arbeiterchaft bei den Verzweiflungsausbrüchen total- und bezweifelnde niederkniet würde. Das Proletariat erkannte, daß es auf diesem Wege nicht vorwärts kommen konnte; es begriffte daher das Vorgehen der Berliner oppositionellen Parteigruppen, die zum Kampf aufriefen und zur Befreiung des Reichs-Betriebsratengesetzes aufforderten. Das Programm, das sich der Kongress gab, zeigte den Weg, auf dem das Proletariat etappenweise seine schwere Quälzelle lösen kann. Voraussetzung dabei ist, daß sich das Proletariat in allen Städten, Ortschaften und Dörfern Organe schafft, die Kontrollausschüsse. Heute, nach 5 Monaten, können wir feststellen, daß diese Organe, trotz Anzügen und Verhüllungen und trotz der Schelte der Sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führerschaft, genügt den ersten Punkt des Programms, der arbeitenden Bevölkerung ihre Existenz zu sichern, ihre Aufgabe zum großen Teil mit Energie und Fähigkeit erfüllen. Überall dort, wo die Kontrollausschüsse zu Stande gekommen, geminnen sie das Vertrauen der breiten Schicht der Verbraucher. Die Kontrollausschüsse erkämpften sich Einfluß nicht nur bei den Arbeitern, sondern schon bis weit in die verfallenden Mittelschichten hinein. Sozialdemokratische Arbeiter stellen sich nicht mehr abseits, sie arbeiten mit in den Kontrollausschüssen, bei dem Kampf um das Stückchen Brot. Die Kontrollausschüsse fanden Unterstützung bei Ärzten und Lehrern. Mancher Wucherer ist durch die Hilfe von höheren Angestellten aufgedeckt worden, weil sie das staubelose, egoistische Verhalten ihrer Ehefrauen nicht mehr mit sich bringen konnten.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Behörden bei Anzeigen über Wucherfälle vollständig versagen. Selbst wenn man Maßnahmen ergreift, werden die Fälle erst nach Wochen erledigt und dann meistens negativ. Das sofortige Eingreifen der Kontrollausschüsse dagegen war immer von Erfolg begleitet. Die nachstehenden Fälle, die wir aus der Fülle der mitgeteilten herausgreifen, geben ein Bild von der prak-

tischen Arbeit, die die Kontrollausschüsse geleistet haben.

Die Kontrollausschüsse sorgen für Milch.

Der Dinslaken-Lohnberger Kontrollausschuß hat auf dem Schweinemarkt am 13. März dem Wucher mit jungen Schweinen einen Riegel vorgeschoben. Die Händler forderten für fünf- bis achtschichtige Schweine Preise von 130 000 bis 180 000 Mark. Der Kontrollausschuß setzte den Preis für das Pfund auf 3000 Mark fest. Ein junges Schwein kostete dann nur 45 000 bis 60 000 Mark. Die Händler wurden mit Hilfe der Polizei gezwungen, sämtliche Schweine zu verlaufen. Ein Beweis dafür, wie die Viehhändler das Volk auslaugen, liefert eine Feststellung, die man auf dem Hamburger Viehmarkt machen konnte. Ein Viehhändler verdiente an einem Stück Vieh über eine Million, ein anderer an zwei Kindern 2 1/2 Millionen Mark, ein anderer Händler an einer Kuh 1 420 000 Mark. Zieht man in Betracht, daß es in Schlesien allein 7000 Viehhändler gibt, die alle sehr reichlich verdienen wollen, dann kann man sich einen Begriff davon machen, wie die arbeitenden Schichten der Bevölkerung ausgebeutet werden.

Der Kontrollausschuß von Berlin-Neukölln sorgte am Sonnabend vor Ostern dafür, daß die Schlächter dieses Stadtteiles das Mordfleisch um 800 bis 1000 Mark unter dem von ihnen verlangten Preise verkaufen mußten.

Ein Kontrollausschuß in Schlesien erreichte die Preisreduzierung von Fleisch dadurch, daß er mit Hilfe der Bevölkerung den Viehhöfen über die Fleischermesser verhängte.

Kontrollausschüsse sorgen für Milch.

In Zella-Mehlis nahmen die Hausfrauen ein unvorgelebene Milchkontrolle vor und besorgten das Melken der Kühe des städtischen Gutshefes selber. Sie melkten 12 Liter Milch mehr, als in den Listen als Tagesquantum geführt wurde. Es wurde dann ermittelt, daß der Gutsbesitzer die Stadtwahlung in einem Jahre um 1 460 000 Mark betrogen hat.

Der Kontrollausschuß von Oelsen im Erzgebirge, ebenfalls der von Bernsbach i. G. sorgten dafür, daß die Kinder, Minderbemittelte, Kranke und stillende Mütter Milch bekommen.

Der Genauer Kontrollausschuß beobachtete bei einer Milchverteilungsstelle, daß dort nur Angehörige des zahlungsunfähigen Bürgertums Milch bekamen. Der Kontrollausschuß hat diesem Uebel sofort abgeholfen, indem er die Milch beschlagnahmte.

In den nächsten Tagen werden wir von der Tätigkeit der Kontrollausschüsse auf anderen Gebieten berichten.

Das russische Getreide in Deutschland.

Im Ruhrgebiet, wo man mit blauen Bohnen gegen demonstrierende Erwerbslose vorgeht, rollt täglich das russische Brot an. Die Essener Arbeiter veranstalteten ein Massenmeeting zur Begrüßung der russischen Genossen, die die Brotkruste geleitet und die Kräfte des russischen Gewerkschaftsbundes überbrachten. Sechs proletarische Hundertscharen marschierten in geschlossenem Zuge durch die Stadt zu der Begrüßungsversammlung der russischen Genossen. Es herrschte entschlossene und kraftvolle Kampfstimmung.

Jugendsoldaten trafen auch in Köln 11 Waggons russisches Getreide für die Opfer des Ruhrkrieges im Kölner Wirtschaftsgebiet ein. Das Getreide wurde der Konsumgenossenschaft „Hoffnung“ überwiesen, aus deren Verkaufsstellen es unter Leitung des Kölner Kontrollausschusses verteilt wird. Während den deutschen Arbeitern von seinen Sklavenhaltern die Haut über die Ohren gezogen wird, kommt weitere Hilfe von den russischen Arbeitern und Bauern. Es ist bereits der zweite Dampfer, der in Bremen eingeladen, um die Beweise praktischer Solidarität des russischen Arbeiter- und Bauernvolkes den deutschen Genossen zu übermitteln. Es ist der russische Dampfer „Krasny Promintern“ (Rote Gewerkschaftler, nationale), der vor einiger Zeit von Bremen nach Rußland fuhr und nun wieder zurückgekommen ist, um Brotgetreide für hungrende deutsche Arbeiter zu bringen.

Aus der Partei.

Wegen grobem Vertrauensbruch und Diebstahl haben wir den bisherigen Richter der Produktiv-Genossenschaft Ernst Hüffe, Breslau, 23. April, aus der Partei ausgeschlossen. Bezirksleitung RPD, Schlesien.

Aus der Jugendbewegung.

Achtung! Jugendgenossen vom Bergbau!

Der 7. Reichskongress der Kommunistischen Jugend Deutschlands hat sich eingehend mit der Lage der jugendlichen Bergarbeiter beschäftigt und Richtlinien für die Bergarbeiterjugend heraus gegeben. Gerade der Bergbau gehört mit zu den wichtigsten Großbetrieben, und der aus den Knochen der jugendlichen Arbeiter die meisten Wollste zu erzielen versucht. Um auf diesen Fragen Stellung zu nehmen bezugslos für Sonntag, den 29. April, nachmittags 2 Uhr, nach Sellhammer eine Bergarbeiterjugendkonferenz ein. Gasthof „zur Schönen Aussicht“. Zur Beratung stehen folgende Tagesordnungspunkte:

- 1. Bericht der Bergbaukommission des 7. Reichskongresses der RPD.
2. Stellungnahme zur Reichskonferenz der Bergarbeiterjugend.
3. Unsere Betriebsarbeit.
4. Verschiedenes.

Alle Jugendgenossen die im Bergbau beschäftigt sind, müssen unbedingt erscheinen, bezugslos alle kommunistischen Jugendobere der Bergarbeiter-Zahlstellen, ebenso die Genossen der „Union“ und die Betriebsfunktionäre der RPD. Er scheint darum alle recht zahlreich damit wir ein großartigen Erfolg in der Konferenz erzielen. Kommunistische Jugend, Kreisleitung Waldenburg, Abtl. Bergbau.

A. B. Jugendgenossen! Die jugendlichen Genossen des Neuröder, sowie vom Schmeldeberger Bergwerkbetrieb werden ersucht an der Konferenz teilzunehmen, oder durch Delegationen vertreten zu sein.

Erwiderte Ernst, und man wird Sie nach Maine oder nach Florida oder nach den Philippinen oder sonstwohin schicken, um Ihre eigenen Kameraden, die um Ihrer Freiheit willen in Bürgerkriege gehen, in Blut zu erlösen. Unterdessen werden Ihre Kameraden von Wisconsin oder Kansas oder von irgend einem anderen Staate zur Milch eingezogen werden, und hierher nach Kalifornien kommen, um hier Ihre Kameraden in Blut zu erlösen. Jetzt waren sie wirklich erschüttert, und sie saßen stumm da, bis schließlich Herr Owen eintrat. Wir werden nicht zur Milch gehen. Wir werden nicht so verrückt sein. Ernst lachte hell auf. Sie kennen das Gesetz nicht, das zustande gekommen ist. Sie können sich nicht retten. Sie werden in die Milch hineingezwungen werden. Es gibt aber etwas wie Zivilrecht, bestand Herr Owen. Nicht, wenn die Regierung das Zivilrecht aufhebt. In dem Tag, an dem Sie von Empörung reden, wird Ihre Macht gegen Sie selbst angewandt werden. Sie würden zur Milch gehen müssen, ob Sie wollen oder nicht. Habeas corpus hörte ich jemanden soeben murmeln. Anstatt habeas corpus (Freilassungsbefehl) würden Sie post mortem (Freienschau) haben. Wenn Sie sich weigerten, in die Milch einzutreten, oder zu gehören, nachdem Sie ihr angehören, würden Sie vor ein Kriegsgericht gestellt und wie ein Hund niedergestrichelt werden. Das ist das Gesetz. Es ist nicht das Gesetz, behauptete Herr Kalbin bestimmt, es gibt kein solches Gesetz. Dieser Herr, das haben Sie geträumt. Sie sprachen von der Milch auf den Philippinen. Das ist gegen die Verfassung. Die Verfassung sagt ausdrücklich, daß die Milch nicht außerhalb des Landes gehalten werden darf. Was hat die Verfassung damit zu tun? fragte Ernst. Die Gerichtshöfe legen die Verfassung aus, und die Gerichtshöfe sind, wie Herr Kalbiner feststellt, die Kreaturen der Macht. Außerdem ist es Gesetz, wie Sie

Da haben Sie es, meine Herren, amerikanische Bürger und Milizgenossen. Vor neun Jahren glaubten wir Sozialisten, das Gesetz richte sich gegen die Arbeiter. Aber jetzt will es mir scheinen, als ob es sich auch gegen Sie richtet. In der kurzen Diskussion, die gehalten wurde, sagte das Kongressmitglied Wiley, daß dieses Gesetz, als Reform vorgelegt sei, um den Mob auf der Durgel zu paden — der Mob sind Sie, meine Herren! — und als Schutz gegen alle Wechselfälle des Lebens, der Freiheit und des Eigentums. Und wenn Sie sich derzeit gewalttätig erheben werden, denken Sie daran, daß Sie sich gegen das Eigentum des Truffs erheben und gegen die Freiheit der Truffs. Sie, im Einklang mit dem Gesetz, auszuscheiden. Die Zähne sind ihnen ausgerissen, meine Herren, die Krallen sind Ihnen gestutzt. In dem Tage, an dem Sie sich gewalttätig erheben, zahnlos und ohne Krallen, werden Sie so harmlos wie ein Heer von Mäusen sein. Ich glaube es nicht, rief Herr Rowatt. Es erklärt kein solches Gesetz. Es ist eine Zeitungsentee, die von den Sozialisten erfunden worden ist. Das Gesetz wurde im Repräsentantenhaufe am 30. Juli 1907, eingebracht, war die Antwort, und zwar vom Abgeordneten von Ohio, Dick. Es wurde eilig durchgepeitscht und im Senat am 14. Januar 1903 einstimmig angenommen. Und genau sieben Tage später wurde es vom Präsidenten der Vereinigten Staaten genehmigt. 9. Kapitel. Die Mathematik eines Trammes. Mitten in der Bestürzung, die seine Enthüllung verurteilt hatte, begann Ernst wieder zu sprechen. Mindestens ein Duzend unter Ihnen haben heute abend behauptet, daß der Sozialismus etwas unmöglich sei. Sie haben die Unmöglichkeit ausdrücklich verstanden, nun gestatten Sie mir, Ihnen die Unvermeidlichkeit desselben zu beweisen. Es ist nicht nur unvermeidlich, daß Sie, die Kleinrentisten, untergehen werden, sondern es ist auch unvermeidlich, daß die Großrentisten und ebenso die Truffs untergehen werden. Dergleichen Sie nicht, daß die Welle der Entwicklung niemals rückwärts läuft. Sie fließt ständig weiter fort; sie fließt vom freien Wettbewerb zum korporativen Zusammenschluß, von den kleinen Verbänden zu den großen, von den großen zu den kolossalen, und

Erwiderte Ernst, und man wird Sie nach Maine oder nach Florida oder nach den Philippinen oder sonstwohin schicken, um Ihre eigenen Kameraden, die um Ihrer Freiheit willen in Bürgerkriege gehen, in Blut zu erlösen. Unterdessen werden Ihre Kameraden von Wisconsin oder Kansas oder von irgend einem anderen Staate zur Milch eingezogen werden, und hierher nach Kalifornien kommen, um hier Ihre Kameraden in Blut zu erlösen. Jetzt waren sie wirklich erschüttert, und sie saßen stumm da, bis schließlich Herr Owen eintrat. Wir werden nicht zur Milch gehen. Wir werden nicht so verrückt sein. Ernst lachte hell auf. Sie kennen das Gesetz nicht, das zustande gekommen ist. Sie können sich nicht retten. Sie werden in die Milch hineingezwungen werden. Es gibt aber etwas wie Zivilrecht, bestand Herr Owen. Nicht, wenn die Regierung das Zivilrecht aufhebt. In dem Tag, an dem Sie von Empörung reden, wird Ihre Macht gegen Sie selbst angewandt werden. Sie würden zur Milch gehen müssen, ob Sie wollen oder nicht. Habeas corpus hörte ich jemanden soeben murmeln. Anstatt habeas corpus (Freilassungsbefehl) würden Sie post mortem (Freienschau) haben. Wenn Sie sich weigerten, in die Milch einzutreten, oder zu gehören, nachdem Sie ihr angehören, würden Sie vor ein Kriegsgericht gestellt und wie ein Hund niedergestrichelt werden. Das ist das Gesetz. Es ist nicht das Gesetz, behauptete Herr Kalbin bestimmt, es gibt kein solches Gesetz. Dieser Herr, das haben Sie geträumt. Sie sprachen von der Milch auf den Philippinen. Das ist gegen die Verfassung. Die Verfassung sagt ausdrücklich, daß die Milch nicht außerhalb des Landes gehalten werden darf. Was hat die Verfassung damit zu tun? fragte Ernst. Die Gerichtshöfe legen die Verfassung aus, und die Gerichtshöfe sind, wie Herr Kalbiner feststellt, die Kreaturen der Macht. Außerdem ist es Gesetz, wie Sie

Erwiderte Ernst, und man wird Sie nach Maine oder nach Florida oder nach den Philippinen oder sonstwohin schicken, um Ihre eigenen Kameraden, die um Ihrer Freiheit willen in Bürgerkriege gehen, in Blut zu erlösen. Unterdessen werden Ihre Kameraden von Wisconsin oder Kansas oder von irgend einem anderen Staate zur Milch eingezogen werden, und hierher nach Kalifornien kommen, um hier Ihre Kameraden in Blut zu erlösen. Jetzt waren sie wirklich erschüttert, und sie saßen stumm da, bis schließlich Herr Owen eintrat. Wir werden nicht zur Milch gehen. Wir werden nicht so verrückt sein. Ernst lachte hell auf. Sie kennen das Gesetz nicht, das zustande gekommen ist. Sie können sich nicht retten. Sie werden in die Milch hineingezwungen werden. Es gibt aber etwas wie Zivilrecht, bestand Herr Owen. Nicht, wenn die Regierung das Zivilrecht aufhebt. In dem Tag, an dem Sie von Empörung reden, wird Ihre Macht gegen Sie selbst angewandt werden. Sie würden zur Milch gehen müssen, ob Sie wollen oder nicht. Habeas corpus hörte ich jemanden soeben murmeln. Anstatt habeas corpus (Freilassungsbefehl) würden Sie post mortem (Freienschau) haben. Wenn Sie sich weigerten, in die Milch einzutreten, oder zu gehören, nachdem Sie ihr angehören, würden Sie vor ein Kriegsgericht gestellt und wie ein Hund niedergestrichelt werden. Das ist das Gesetz. Es ist nicht das Gesetz, behauptete Herr Kalbin bestimmt, es gibt kein solches Gesetz. Dieser Herr, das haben Sie geträumt. Sie sprachen von der Milch auf den Philippinen. Das ist gegen die Verfassung. Die Verfassung sagt ausdrücklich, daß die Milch nicht außerhalb des Landes gehalten werden darf. Was hat die Verfassung damit zu tun? fragte Ernst. Die Gerichtshöfe legen die Verfassung aus, und die Gerichtshöfe sind, wie Herr Kalbiner feststellt, die Kreaturen der Macht. Außerdem ist es Gesetz, wie Sie

Riefenplatte!
Büchertische, Truffhämmer
Ach, sie weinen blutige Tränen!
Nun nachdem das Reich so stark,
Galt'ste schon, die liebe Marx,
Galt, und wir mit den Devisen?
Auf laßt uns den Rausch beschließen!
Stimmung! Reichsbund! Riefenplatte!
Gedwieset! Unsere Partei!
Gleich schmatzen alle Schieber,
Großhändler, Kleinrentler!
Und nur du mit deinem Lohn,
Da, da, da! — Ruffler, Sohn!

Zu billigsten Preisen!

erhalten Sie erstklassige Qualitäten in

Zuchen, Inletts, Hemdentuch, Oxford, Schürzenstoffe,
Handtuchstoffe, Lakenleinen, Kleidernessel, Musseln, Volle,

Kostüm- und Anzugstoffen

Monteur-Jacken, Schürzen, Männer- und Frauen-Hemden,
Gardinen, Läuferstoffen, Bettfedern.

Kaufhaus zum Löwen Haynau

Leopold Levinsohn.

Veranstaltungs-Kalender.

Jede Zeile unter dieser Rubrik kostet 50 Mark.

KPD Bezirksleitung: Büro u. Kasse: Breslau, Zechenhofstr. 50. Tel. Ring 8837. Adresse: Riff. Döbner, Breslau, Zechenhofstr. 50.
Breslau. Die ausgedruckten Sammelstellen für die Kreiswahlwahlen sind bis spätestens Montag, den 23. April abends 7 Uhr, im Parteibüro beim Genossen GARY abzugeben.
- Sonntag, den 23. April, abends 7 Uhr, im Besammlungsraum, Nikolaitstr. Bisfallabend. Referat und Fortschritt über die Gewerkschaftsfrage.
- Montag, den 24. April, abends 7 Uhr, im Besammlungsraum, Nikolaitstr. 15. Dienstag, den 24. April abends 7.30 Uhr, zehntägige Sittlichkeitskammer Jung zu der jeder Genosse (in) unbedingt erscheinen muss. Auch hat die Kommunistische Jugend (Schein) daran teilzunehmen.
Waldenberg. Donnerstag, den 26. April, abends 7 Uhr, in der "Mitschau" "offentliche Sittlichkeitskammer Thema: Kampf gegen Kriegsgewalt und Feindschaft."

Andere Organisationen

Breslau. Arbeiter-Abteilungsband. Sonntag, den 23. April abends 7.30 Uhr, im Gewerkschaftshaus, wichtige Kundenerhebung, Tagesordnung: 1. Bericht über die Arbeit eines Delegierten zur Landes-Generalversammlung. 2. Vortrag des Genossen Feig über "Selbstmordarbeit mit den gewöhnlichen Arbeitsgenossen?" "Sittlichkeitskammer" aller Mitglieder Pflicht. Gäste herzlich willkommen.
Dobau. Freiwirtschaftliche Genossenschaft. Donnerstag, den 26. April öffentliche Versammlung. Alle Leiter der Schlesischen Arbeiterzeitung sind alle die mit der Genossenschaft zusammenarbeiten, werden ersucht eingeladen. Sozial Schönerer Wdr. Montag 8 Uhr. Referat "Genossenschaftliche Arbeit".

Vorteilhaftes Angebot!

Wir haben von unserer letzten Beilage zur „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“

eine Anzahl Exemplare

Sichel und Hammer

übrig behalten und geben diese an unsere Genossen ab, solange der Vorrat reicht, zum Ausnahmepreise von 200.— Mk. statt 300.— pro Exemplar.

Produktiv-Genossenschaft f. d. Prov. Schlesien
Abt. Buchdruckung
Breslau, Nikolaitstr. 49/50.

Bidelfelle

läuft zu bekanntesten Tagespreisen
H. Freudenberg
Hüte und Felle
Breslau 1, 88
Kupferschmiedestr. 54
Eingang Lange Polzgaße
Telefon 6516 9146
und Ring 9103.

Kaufe
Gold-Silber-Platin-Bruch
Zahngelisse
Uhren
zu höchsten Tagespreisen
E. Beyer
Blücherstr. 15

An alle Verbraucher!



Treffen Sie Ihre Auswahl bei uns!
Sie werden
1. eine ausgezeichnete Auswahl,
2. große Preiswürdigkeit der Fabrikate und
3. sorgfältigste Bedienung feststellen.

„Warenhandel“
Spezialhaus für feines u. gedieg. Schuhwerk
Cneisenaustasse 4
Straßenbahnlinien 7, 8, 10 und 11.

Altmetalle

Alteisen 114
Zahle dem Dollarstand entsprechend höchste Tagespreise.
Händler Vorzugspreise.
Metallkeller
Lessingstr. 9. Tel. R. 11569.
Achtung Hausnummer
Ausweis mitbringen.

Neuerer Genosse

sucht für sofort ein sauber, möbl. Zimmer
Offerten unter A.B. in der Expedition dieser Zeitung abzugeben.

Die allerbilligsten Anzüge

und
Reglans
Kaufen Sie direkt aus der Werkstatt, im Herren-bekleidungs-haus 112
Kerrnstr. 12.
Nikolaitstr. 48
3. Haus vom Königsplatz.

Zentralverband der Schuhmacher

Breslau, Margaretenstraße 17.

Dienstag, den 24. April, abends 7 Uhr
im Bürgergarten, Taschenstraße
General-Versammlung

Tagesordnung:
1. Kassen- und Geschäftsbericht.
2. Stellungnahme zur Maifeier.
3. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand
F. H. Gg. Meiner.

Wir liefern Drucksachen

aller Art, wie Programme, Eintrittskarten, Plakate, Abzeichen
zur Maifeier
sowie zu allen Veranstaltungen unserer Ortsgruppen, der Sportvereine und anderer proletarischer Organisationen
zwar nicht

vollständig kostenlos

aber zu Preisen, die unseren Genossen bei allen ihren Veranstaltungen in weitgehendster Weise Unterstützung garantieren!

Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. S. m. b. H. / Abtl. Buchdruckerei
Breslau 10, Treubauer Straße 50.

Achtung Genossen!
Solange der Vorrat reicht verkauft
neue Stiefel und Schnürschuhe
Kupczak
Sadowastr. 14, III.

Altmetalle

Kupfer, Messing, Zink, Zinn, Blei und Eisen
kauft zum Tageskurs
August Hoffmann
Kupferwerk und Metallhandlung
Breslau 8, Bräderstr. 84
vom im Laden.
Tel. R. 3095 Nebenstelle.

Gebrauchter Handwagen

etwa 8 bis 10 Zentner Tragkraft
sinfach zu kaufen gesucht.
Produktiv-Genossenschaft
Abtl. Buchdruckerei
Breslau, Treubauer Str. 50

Achtung!

Bei Frau Genossin Mader werden
Rohrühle
billig gekauft.
Reinigungsstr. 58
St. r. 1.64

Achtung!

Wo?
kauft man neue und gebrauchte Möbel
sowie ganze Einrichtungen an
Sesseln und Teppichen
Bei H. Klinge
Reinigungsstr. 12, 1.

Bedeutende Preisermäßigung in allen Abteilungen

GEBR. BARASCH

G. M. B. H.
BRESLAU, RING

Ober- und Unterkleidung für Damen, Herren und Kinder, Manufakturwaren, Teppiche und Möbelstoffe, Haus- und Küchengeräte, Galanterie-, Geschenkartikel, Lederwaren, Papier- u. Schreibwaren, Seifen, Parfümerien, Lebensmittel
Photographisches Atelier - Erfrischungsraum
VERKEHRSBÜRO
Vorverkauf von Eintrittskart. f. Famil. hiesigen Theater, Varietés etc.
Fahrstuhlverbindung nach allen Stockwerken
Besichtigen Sie unsere Schaufenster!



Für das Frühjahr
Damenhüte
in Crepe marocain, Cisret, Tagal garniert - ungarisch 138
Reuschstraße 47
M. Fichauer, Größtes Spezialhaus für Damenhüte

Ausscheiden! 10% Ermäßigung!

Operationslose Behandlung
von
Krampfadern / Venenentzündungen
trockenen und nassenden Flechten
Senk- und Plattfüßen
(auch veraltete Fälle)
Plattfuß-Einlage nach Gipsabdruck
15-jährige Spezialtätigkeit
in nur erster Institution.
Ausscheiden!
Platenstr. 40, Eise Sternstr.
Waldstr. 22, 23, 16, 10 und alle Bral.
Sprechstunden: Werkk. 9-12, 3-5

Ausscheiden! 10% Ermäßigung!

Genosse! Genossin!
Werbe
für Dein Parteiorgan!!